

1

IHRE RECHTE - IHRE PFLICHTEN

Merkmale für Arbeitslose



**Bundesagentur
für Arbeit**

Ihre Agentur für Arbeit hält eine Fülle von Informationen für Sie bereit.

Am Ende dieses Merkblattes finden Sie eine Übersicht über weitere bei Ihrer Agentur für Arbeit erhältliche Merk- und Faltblätter. Über ergänzende Informationsmöglichkeiten, insbesondere Informationsveranstaltungen und computergestützte Medien, die Sie dort nutzen können, klärt Sie Ihre Agentur für Arbeit auf Wunsch gerne auf.

In den Internet-Centern der Agenturen für Arbeit oder von jedem anderen Internetanschluss aus können Sie unter **www.arbeitsagentur.de** ein interessantes Informationsangebot aus allen Aufgabenbereichen der Bundesagentur für Arbeit nutzen.

Das neue Job- und Serviceportal arbeitsagentur.de bietet Ihnen die ideale Plattform für Ihre Suche nach einer neuen Stelle. Unter www.arbeitsagentur.de können Sie Ihr Bewerberprofil selbst eingeben, ändern und löschen. Ihr Profil wird sofort mit den aktuellen Stellenangeboten verglichen – und Sie finden schneller den passenden Job. Oder Sie steigen einfach direkt über die Funktionen Schnellsuche mit wenigen Suchbegriffen oder über die präzisere Detailsuche in den Suchprozess ein. Schnell und unkompliziert. Weitere umfangreiche Dienstleistungen und Informationen stehen für Sie bereit. So finden Sie wertvolle Tipps zu den Themen Ausbildung, Berufs- und Studienwahl, Weiterbildung, wichtige Informationen über Geldleistungen sowie ein umfangreiches Serviceangebot von A bis Z.

Mit dem neuen Angebot „Check-In“ haben Sie jetzt auch die Möglichkeit, Ihre persönlichen Daten und Ihr Bewerberprofil von zu Hause aus über das Internet selbst einzugeben. Wenden Sie sich bitte an das Service Center bzw. den Empfang in Ihrer Agentur für Arbeit, wenn Sie weitere Informationen über das Verfahren und die Vorteile von „Check-In“ erhalten möchten.

Vorwort

Dieses Merkblatt informiert Sie über Ihre wichtigsten Rechte und Pflichten nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III), wenn Sie Arbeitslosengeld beantragt haben bzw. bereits beziehen. Es soll Sie auch dabei unterstützen, die Antragsformulare schnell und korrekt auszufüllen und die erbetenen Angaben im erforderlichen Umfang zu belegen.

Das Merkblatt informiert Sie über

- Ihre Pflichten zur Beendigung der Arbeitslosigkeit (**Eigenbemühungen** und Verfügbarkeit),
- die weiteren Anspruchsvoraussetzungen, die Sie erfüllen müssen, um Arbeitslosengeld erhalten zu können,
- die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld,
- die Höhe des Arbeitslosengeldes,
- das Arbeitslosengeld während einer beruflichen Weiterbildung.

Es enthält auch wichtige Informationen für den Fall, dass Sie keine Leistungen beantragen möchten oder erhalten können.

Besondere Abschnitte behandeln die Sozialversicherung der Leistungsbezieher und den Datenschutz.

Ein Abschnitt über weitere Hilfen enthält ergänzende Hinweise auf andere Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und Leistungen anderer Träger.

Dort finden Sie auch Informationen zu den Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Alg II/Sozialgeld), auf die ein Anspruch bestehen kann, wenn Arbeitslosengeld nicht, vorübergehend nicht oder nicht in ausreichender Höhe gezahlt wird.

Ein weiteres Merkblatt – Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) können Sie bei dem für Sie zuständigen Träger (örtliche Agentur für Arbeit, kommunaler Träger, Arbeitsgemeinschaft) erhalten.

Bitte beachten Sie:

Dieses Merkblatt ist eine Informationsbroschüre, die einmal jährlich aktualisiert wird. Sie dient Ihrer allgemeinen Information und kann nicht alle Bestimmungen erschöpfend darstellen.

Wenden Sie sich bitte an das Service Center bzw. den Empfang in Ihrer Agentur für Arbeit, wenn Sie weitere Fragen haben oder Unklarheiten beseitigen möchten.

Alle Agenturen für Arbeit sind unter der bundeseinheitlichen Service-Rufnummer zu erreichen: 0 18 01 55 51 11 (3,9 Cent je Minute aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Bei Anrufen aus Mobilfunknetzen gelten davon abweichende Preise.)

Ihre Agentur für Arbeit führt auch regelmäßige Informationsveranstaltungen durch.

Bitte erkundigen Sie sich bei Ihrer Agentur für Arbeit danach, welche Veranstaltungen für Sie angeboten werden.

Der Aktualitätsstand dieses Merkblattes ist auf der Rückseite der Broschüre angegeben.

11 Punkte, die Sie sich merken sollten!


1. Bei Beendigung eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses sind Sie verpflichtet, sich spätestens drei Monate vorher persönlich arbeitsuchend zu melden. Erfahren Sie von der Beendigung weniger als drei Monate vorher, müssen Sie sich innerhalb von drei Tagen melden. Es reicht auch zunächst eine telefonische Meldung aus, wenn die persönliche Meldung zum vereinbarten Termin nachgeholt wird. Melden Sie sich nicht rechtzeitig, droht eine Sperrzeit. Lediglich bei einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis gilt die Pflicht zur Meldung nicht.

Weitere Hinweise dazu finden Sie in Abschnitt 1.

2. Um Ihre Beschäftigungslosigkeit zu beenden, sind Sie verpflichtet, eigenverantwortlich nach einer Beschäftigung zu suchen, eine zumutbare Beschäftigung aufzunehmen oder an einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme teilzunehmen. Die Agentur für Arbeit kann Sie auch beauftragten Dritten zur Vermittlung zuweisen. Auf Verlangen der Agentur für Arbeit müssen Sie Ihre Eigenbemühungen nachweisen. Weitere Hinweise dazu finden Sie in Abschnitt 2.4.

3. Unter Umständen müssen Sie mit dem Wegfall der Leistung oder mit Sperrzeiten rechnen, wenn Sie

- sich nicht selbst aktiv um Arbeit bemühen,
- der Zuweisung zu einem beauftragten Dritten widersprechen,
- zumutbare Arbeitsmöglichkeiten nicht nutzen,
- Eingliederungsmaßnahmen (z. B. Trainingsmaßnahmen) ablehnen,
- von der Agentur für Arbeit geforderte Eigenbemühungen nicht nachweisen oder
- einer Aufforderung, sich zu melden oder zu einem Untersuchungstermin zu erscheinen, nicht folgen.

- 
4. Bitte melden Sie der für Sie zuständigen Agentur für Arbeit sofort alle Änderungen, die Ihren Leistungsanspruch beeinflussen können, und zwar auch dann, wenn andere Personen im Auftrag der Agentur für Arbeit für Sie tätig sind. Insbesondere einen Lohnsteuerklassenwechsel müssen Sie unverzüglich mitteilen. Lassen Sie sich wegen der finanziellen Auswirkungen eines Lohnsteuerklassenwechsels unbedingt möglichst schon vor dem Lohnsteuerklassenwechsel bei Ihrer Agentur für Arbeit beraten.
 5. Bitte melden Sie Ihrer Agentur für Arbeit vorab jeden Umzug oder eine geplante Ortsabwesenheit (Urlaub/Reise).
 6. Arbeitslosengeld wird frühestens von dem Tag an gezahlt, an dem Sie Ihrer Agentur für Arbeit die Arbeitslosigkeit persönlich mitteilen. Suchen Sie also im eigenen Interesse sofort Ihre Agentur für Arbeit auf, wenn Sie arbeitslos werden. Die Arbeitslosmeldung gilt als Antrag auf Leistungen.
 7. Die Leistung wird bargeldlos ausgezahlt. Richten Sie deshalb bitte ein Konto ein, falls noch nicht geschehen.
 8. Die Entscheidung über Ihren Antrag wird Ihnen durch einen schriftlichen Bescheid bekannt gegeben.
 9. Während Ihres Leistungsbezuges sind Sie kranken-, pflege-, renten- und unfallversichert. Melden Sie eine eventuelle Arbeitsunfähigkeit bitte sofort Ihrer Agentur für Arbeit. Nach einer Unterbrechung des Leistungsbezuges müssen Sie sich in bestimmten Fällen erneut arbeitslos melden.
 10. Zur Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen ist Ihre Agentur für Arbeit berechtigt, Sie zur persönlichen Meldung aufzufordern, weitere Auskünfte einzuholen bzw. Sachverhalte zu ermitteln. Hierzu gehört auch die Veranlassung ärztlicher oder psychologischer Untersuchungen.
 11. Bewahren Sie die von Ihrer Agentur für Arbeit ausgestellten Nachweise sorgfältig auf.

Kapitel	Seite
Vorwort	3
Das Wichtigste vorweg: 11 Punkte, die Sie sich merken sollten!	5
1. Was müssen Sie tun, wenn Ihnen Arbeitslosigkeit droht?	9
2. Was müssen Sie tun, wenn Arbeitslosigkeit eintritt?	10
2.1 Arbeitslos melden	10
2.2 Antrag stellen	11
2.3 Beschäftigungslos sein	13
2.4 Eigenbemühungen unternehmen	16
2.5 Verfügbar sein	17
3. Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld	23
3.1 Anwartschaftszeit	23
3.2 Anspruchsdauer	25
3.3 Was ist zu beachten, wenn kein Anspruch auf Arbeitslosengeld (mehr) besteht?	26
3.4 Wann kann der Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht mehr geltend gemacht werden?	26
4. Die Höhe der Leistung	28
4.1 Das Arbeitsentgelt als Bemessungsgrundlage	29
4.2 Die Bedeutung der Lohnsteuerklasse	32
4.3 Allgemeiner oder erhöhter Leistungssatz?	34
4.4 Was ist zu beachten, wenn nur ein geringer Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht?	36
4.5 Weitere Regelungen	36
5. Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung	37
6. Sperrzeit	39
7. Ruhen des Anspruches	43
7.1 Ruhen bei Sozialleistungen	43
7.2 Ruhen bei Arbeitgeberleistungen	44
7.3 Unschädliche Leistungen	45

8. Weitere Pflichten, die Sie beachten sollten	46
8.1 Meldepflicht	46
8.2 Mitwirkungs- und Mitteilungspflicht	47
8.3 Erstattungspflicht	50
9. Die Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung	51
10. Die Anrechnung von Nebeneinkommen	57
11. Die Auszahlung der Leistung	58
12. Datenschutz	61
13. Der Nachweis des Leistungsbezuges gegenüber anderen Behörden	62
14. Bescheide und Rechtsbehelfe	64
15. Weitere Hilfen	65
16. Stichwortverzeichnis	74
17. Sonstige Merkblätter	78

Was müssen Sie tun, wenn Ihnen Arbeitslosigkeit droht?

Sie sind verpflichtet, sich spätestens 3 Monate vor Beendigung eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses persönlich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend zu melden. Liegen zwischen der Kenntnis des Beendigungszeitpunktes und der Beendigung des Arbeits- und Ausbildungsverhältnisses weniger als 3 Monate, müssen Sie sich innerhalb von 3 Tagen nach Ihrer Kenntnis des Beendigungszeitpunktes melden. Es reicht auch zunächst eine telefonische Meldung aus, wenn Sie die persönliche Meldung zum vereinbarten Termin nachholen. Auch wenn der Arbeitgeber eine Weiterbeschäftigung in Aussicht stellt oder der Fortbestand des Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses gerichtlich geltend gemacht wird, besteht die Pflicht zur Meldung. Lediglich bei einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis gilt die Pflicht zur Meldung nicht.

Bitte beachten Sie, dass eine verspätete Meldung zu einer Sperrzeit (s. Abschnitt 6) führen kann.

Informationen über Hilfen der Agentur für Arbeit zur beruflichen Eingliederung erhalten Sie im Merkblatt 3 – Vermittlungsdienste und Leistungen –, das Sie bei Ihrer Agentur für Arbeit oder im Internet unter www.arbeitsagentur.de erhalten.

Was müssen Sie tun, wenn die Arbeitslosigkeit eintritt?

2.1 Arbeitslos melden

Leistungen können Sie nur erhalten, wenn Sie der zuständigen Agentur für Arbeit Ihre Arbeitslosigkeit **persönlich** gemeldet haben; damit gilt gleichzeitig die Leistung als beantragt. Es ist daher wichtig, dass Sie Ihre Agentur für Arbeit **spätestens am 1. Tag** der Arbeitslosigkeit zur Arbeitslosmeldung aufsuchen; dies kann auch innerhalb von 3 Monaten vor dem Beginn der Arbeitslosigkeit geschehen. Beachten Sie jedoch bitte unbedingt die Hinweise zur Arbeitsuchendmeldung in Abschnitt 1.

Ihre persönliche Arbeitslosmeldung ist unverzichtbare Anspruchsvoraussetzung zum Bezug von Arbeitslosengeld! Wenn Sie sich nicht arbeitslos gemeldet haben und arbeitsunfähig erkranken, kann dies außerdem dazu führen, dass Sie weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch Anspruch auf Krankengeld haben.

Ihnen entstehen keine Nachteile, wenn Sie sich am ersten Tag Ihrer Arbeitslosigkeit nicht persönlich arbeitslos melden können, weil Ihre Agentur für Arbeit nicht dienstbereit ist (z. B. an Samstagen, Sonntagen oder Feiertagen). Sie müssen dann die Meldung am nächsten Tag nachholen, an dem Ihre Agentur für Arbeit wieder geöffnet ist.

Beispiel:

Das Beschäftigungsverhältnis endet am 30. April. Erster Tag der Arbeitslosigkeit ist der 1. Mai. Die Agentur für Arbeit ist an diesem Feiertag geschlossen. Bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen wird das Arbeitslosengeld dennoch ab 1. Mai gezahlt, wenn die persönliche Arbeitslosmeldung am 2. Mai nachgeholt wird.

Wenn Sie in einem Nachbarstaat zu Deutschland wohnen und von dort aus eine Beschäftigung als Grenzgänger in Deutschland ausüben, erhalten Sie bei Arbeitslosigkeit grundsätzlich Leistungen von Ihrem Wohnortstaat.

2.2 Antrag stellen

Das Arbeitslosengeld gilt mit der Arbeitslosmeldung als beantragt, wenn Sie keine andere Erklärung abgeben. Zur Prüfung, ob Ihnen Arbeitslosengeld zusteht, erhalten Sie einen Antragsvordruck, den Sie sorgfältig ausfüllen sollten. Sie können selbst zu einer schnellen Bearbeitung Ihres Antrages beitragen. Beachten Sie bitte:

1. Halten Sie alle wichtigen Unterlagen bereit, nämlich
 - Personalausweis oder ersatzweise Reisepass mit aktueller Meldebescheinigung (zur Prüfung Ihrer Identität und Ihres Wohnsitzes),
 - Arbeitspapiere (zumindest Lohnsteuerkarte),
 - Beitragsnachweis (freiw. Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung)
2. Füllen Sie den Antragsvordruck und ausgehängigte Zusatzblätter sorgfältig, vollständig und gut leserlich aus.
3. Bemühen Sie sich – sofern noch nicht vorhanden – rechtzeitig um Arbeitsbescheinigungen Ihrer früheren Arbeitgeber. Die Arbeitsbescheinigung muss Ihnen bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses ausgehändigt werden. Bitte achten Sie darauf, dass diese vollständig ausgefüllt ist.
4. Stellen Sie die Gründe, die zur Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses geführt haben, auf einem besonderen Blatt ausführlich dar, wenn Sie
 - Ihr Beschäftigungsverhältnis selbst gelöst oder durch Aufhebungsvertrag beendet haben;
 - zu einer Kündigung durch den Arbeitgeber einen sog. Abwicklungsvertrag geschlossen oder andere zusätzliche Vereinbarungen – z. B. über die Zahlung einer Abfindung – mit Ihrem Arbeitgeber getroffen haben;
 - Ihr Beschäftigungsverhältnis durch Kündigung des Arbeitgebers ohne Einhaltung der Kündigungsfrist oder gegen ein gesetzliches oder tarifvertragliches Kündigungsverbot beendet wurde;

- Ihr Beschäftigungsverhältnis durch eine Kündigung des Arbeitgebers beendet wurde und Sie dazu durch ein arbeitsvertragswidriges Verhalten Anlass gegeben haben (sollen), siehe hierzu auch Abschnitt 6 (Sperrzeit).

Geben Sie im Antragsvordruck unbedingt an, ob und wann Sie bereits in der Vergangenheit Leistungen beantragt oder bezogen haben. Tragen Sie Ihre Kundennummer und das maßgebliche Jahr in den Antragsvordruck ein.

Ihre Angaben zum Leistungsanspruch

Zur Feststellung, ob Sie die Voraussetzungen zum Bezug von Arbeitslosengeld erfüllen, werden in erster Linie Ihre Angaben im Antragsvordruck geprüft und die von Ihnen eingereichten Unterlagen herangezogen.

Möglicherweise benötigt Ihre Agentur für Arbeit ergänzende Informationen oder sie muss bestimmte Angaben nachprüfen. Dann ist sie berechtigt, weitere Informationen einzuholen. Selbstverständlich unterliegen diese ebenso wie Ihre eigenen Angaben dem Datenschutz. Ihre Agentur für Arbeit darf sie also nur im Rahmen der gesetzlichen Ermächtigungen an Dritte weitergeben.

Antragsvordruck und Zusatzblätter

Das Antragsverfahren soll für Sie so einfach wie möglich sein. Dazu gehört ein „Grundantrag“, der mit möglichst wenigen Fragen und Angaben auskommt, um die häufigsten Sachverhalte zu erfassen. Ihre Agentur für Arbeit prüft stets, welche Ansprüche Sie erworben haben bzw. noch geltend machen können.

„Zusatzblätter“ erhalten Sie, wenn Ihre Agentur für Arbeit für Ihren Antrag weitere Angaben benötigt (z. B. zu Besonderheiten bei der Verfügbarkeit von Studenten, Bezug von Mutterschaftsgeld, Rente wegen voller Erwerbsminderung [zeitlich begrenzt] oder Zeiten der Kindererziehung oder zu Sonderfällen der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung während des Leistungsbezuges).

Die Frageabschnitte im Antragsvordruck und in den Zusatzblättern sind durchgehend nummeriert. Die Zuordnung soll Missverständnisse im Schriftverkehr oder bei Telefonaten vermeiden.

Ein Teil Ihrer persönlichen Daten wird bereits für Sie auf den Antragsvordruck gedruckt, bevor dieser Ihnen in Ihrer Agentur für Arbeit ausgehändigt wird. Überprüfen Sie alle Daten vor der Abgabe des Antrages noch einmal gründlich. Vielleicht haben sich inzwischen auch Änderungen, z. B. durch einen Umzug, ergeben.

Das sorgfältige und vollständige Ausfüllen des Antragsvordruckes vermeidet Rückfragen und verkürzt die Bearbeitungszeit.

Geben Sie Ihren Antrag mit allen Unterlagen möglichst persönlich ab. Dann können offene Fragen sofort beantwortet werden und Sie erfahren die Entscheidung über den Antrag in der Regel bereits bei diesem Termin im Antragservice. Der Antrag kann nur zu dem von Ihnen mit der Eingangszone oder dem Service Center vereinbarten Termin persönlich abgegeben werden. Bitte bedenken Sie, dass Leistungsanträge bei der Agentur für Arbeit in großer Zahl gestellt werden und deshalb ein Termin für die Rückgabe/Bearbeitung Ihres Antrages nicht immer zeitnah zur Verfügung steht.

2.3 Beschäftigungslos sein

Sie müssen für den Bezug von Arbeitslosengeld beschäftigungslos sein. Sie sind beschäftigungslos, wenn Sie vorübergehend in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen. Beschäftigungslos sind Sie auch, wenn Sie nur eine **weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung** als Arbeitnehmer **oder Tätigkeit** als Selbstständiger oder mithelfender Familienangehöriger ausüben.

Bei Aufnahme jeder Beschäftigung oder Tätigkeit prüft Ihre Agentur für Arbeit, ob die Arbeitslosigkeit und damit der Anspruch auf Arbeitslosengeld entfällt. Der Anspruch entfällt also z. B., wenn die aufgenommene Beschäftigung oder Tätigkeit mind. 15 Stunden in der Kalenderwoche erfordert.

In Ihrem eigenen Interesse müssen Sie jede Beschäftigung oder Tätigkeit vor deren Beginn Ihrer Agentur für Arbeit anzeigen. Bei Nichtanzeige oder verspäteter Anzeige einer Beschäftigung oder Tätigkeit, die die Arbeitslosigkeit entfallen lässt, können Sie die Leistung erst wieder nach erneuter Arbeitslosmeldung beziehen. Melden müssen Sie sich bei der Agentur für Arbeit. Eine Meldung bei einem Träger für Alg II (z.B. Arge) reicht nicht aus. Bei nicht rechtzeitiger Anzeige können Ihnen erhebliche finanzielle Nachteile entstehen (siehe auch Abschnitt 8.2).

Sollten Sie eine Beschäftigung oder Tätigkeit mit einer Dauer von mehr als drei Monaten aufnehmen, besteht bei drohender erneuter Arbeitslosigkeit für Sie die Pflicht zur frühzeitigen Arbeitsuche (vgl. Abschnitt 1). Sie müssen sich danach auch spätestens am ersten Tag der erneuten Arbeitslosigkeit wieder arbeitslos melden, um Nachteile zu vermeiden.

Üben Sie unentgeltlich eine ehrenamtliche Tätigkeit aus, steht diese der Arbeitslosigkeit nicht entgegen, wenn die Tätigkeit bestimmten Anforderungen genügt. Erkundigen Sie sich hierzu bei Ihrer Agentur für Arbeit. Die ehrenamtliche Tätigkeit steht der Arbeitslosigkeit grundsätzlich zum Beispiel auch dann nicht entgegen, wenn sie 15 Stunden oder mehr wöchentlich umfasst und der pauschalierte Auslagenersatz plus Aufwandsentschädigung den Betrag von 154 Euro monatlich nicht überschreitet. Sie sind verpflichtet, jede mindestens 15-stündige wöchentliche ehrenamtliche Tätigkeit vor deren Beginn der Agentur für Arbeit anzuzeigen.

Besondere Hinweise:

Unterbrechung des Leistungsbezuges, Zwischenbeschäftigung

Um sich vor leistungsrechtlichen Nachteilen zu schützen, teilen Sie bitte Ihrer Agentur für Arbeit jede Unterbrechung Ihrer Arbeitslosigkeit vorher mit. Im Einzelnen gilt Folgendes:

Unterbrechung der Arbeitslosigkeit von **höchstens 6 Wochen:**

- Wird Ihre Arbeitslosigkeit oder Ihr Leistungsbezug planmäßig für einen Zeitraum von bis zu 6 Wochen unterbrochen, weil Sie z. B. Ihrer Agentur für Arbeit nicht zur Verfügung stehen, bekommen Sie die Leistung nach der Unterbrechung ohne erneute persönliche Arbeitslosmeldung und Antragstellung weitergezahlt.
- Das Gleiche gilt, wenn Sie eine Beschäftigung von mindestens 15 Stunden wöchentlich oder eine Tätigkeit als Selbstständiger oder als mithelfender Familienangehöriger in entsprechendem Umfang aufnehmen. Voraussetzung ist, dass Sie Ihrer Agentur für Arbeit die Arbeitsaufnahme und die Dauer der Beschäftigung **unverzüglich mitgeteilt** haben.

Unterbrechung der Arbeitslosigkeit von **mehr als 6 Wochen:**

War Ihre Arbeitslosigkeit mehr als 6 Wochen unterbrochen, kann Ihnen die Leistung erst nach **erneuter persönlicher Arbeitslosmeldung** weitergezahlt werden.

Haben Sie Zweifel, ob Sie sich nach einer Unterbrechung wieder persönlich arbeitslos melden müssen, setzen Sie sich bitte rechtzeitig vor dem Ende der Unterbrechung mit Ihrer Agentur für Arbeit in Verbindung, um das weitere Vorgehen abzuklären.

Für Zeiten, in denen nicht alle Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, kann Ihre Agentur für Arbeit keine Leistungen zahlen. Dies gilt auch, wenn Sie sich wegen einer beabsichtigten Arbeitsaufnahme aus dem Leistungsbezug abgemeldet haben, eine Arbeitsaufnahme aber dann doch nicht erfolgt ist.

2.4 Eigenbemühungen unternehmen

Um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, müssen Sie sich bemühen, Ihre Beschäftigungslosigkeit zu beenden (**Eigenbemühungen**).

Mit der Verpflichtung, sich aktiv um eine Beschäftigung zu bemühen, hat der Gesetzgeber betont, dass in erster Linie Sie gefordert sind, Ihre Beschäftigungslosigkeit zu beenden. **Ihr Arbeitsvermittler wird Sie bei der Suche und Auswahl möglicher Eigenbemühungen beraten und unterstützen.**

Im Rahmen der Eigenbemühungen haben Sie alle Möglichkeiten zur beruflichen Eingliederung zu nutzen. Hierzu gehören insbesondere die Wahrnehmung der Verpflichtungen aus der Eingliederungsvereinbarung, die Mitwirkung bei der Vermittlung durch Dritte und die Inanspruchnahme der Selbstinformationseinrichtungen der Agentur für Arbeit.

Aktivitäten im Rahmen der Eigenbemühungen können z. B. schriftliche Bewerbungen, die Auswertung von Stellenanzeigen in Zeitungen, Fachzeitschriften und anderen Medien, Vorsprachen bei Betrieben, die Nutzung der Job-Börse und des Serviceportals unter www.arbeitsagentur.de, die Arbeitsplatzsuche per Inserat, der Besuch von Arbeitsmarktbörsen und ähnliches sein. Sie sollten sich möglichst Notizen über Ihre Aktivitäten machen.

In der Regel reicht es aus, wenn Sie Ihre Eigenbemühungen mündlich darlegen können. Wenn konkrete Nachweise über Ihre Eigenbemühungen erforderlich werden, erhalten Sie von Ihrer Agentur für Arbeit ein gesondertes Aufforderungsschreiben. Wird der verlangte Nachweis nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erbracht, tritt eine Sperrzeit ein (siehe hierzu Abschnitt 6).

Beauftragt die Agentur für Arbeit (private) Dritte mit Ihrer Vermittlung, müssen Sie diese aktiv unterstützen. Hierzu sind Sie im Rahmen Ihrer Eigenbemühungen verpflichtet. Näheres hierzu erfahren Sie bei Ihrer Agentur für Arbeit.

Wollen Sie keine Eigenbemühungen unternehmen, haben Sie keinen Leistungsanspruch bzw. kann Ihr Leistungsanspruch – gegebenenfalls rückwirkend – entfallen.

Falls Sie auch an einer **Beschäftigung im Ausland (EU, EWR oder der Schweiz)** interessiert sind und dort eine Beschäftigung suchen wollen, haben Sie die Möglichkeit, das deutsche Arbeitslosengeld im Ausland für **höchstens 3 Monate** weiter zu beziehen. Das Arbeitslosengeld wird in diesem Zeitraum von der ausländischen Arbeitsverwaltung ausgezahlt. Voraussetzung hierfür ist u. a. die Ausstellung einer Bescheinigung (E303) durch Ihre Agentur für Arbeit vor der Ausreise sowie die Meldung bei der ausländischen Arbeitsverwaltung unmittelbar nach der Ausreise. Nähere Auskünfte erteilt Ihre Agentur für Arbeit.

2.5 Verfügbar sein

Um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, müssen Sie **für Vermittlungsbemühungen** Ihrer Agentur für Arbeit **zur Verfügung stehen**. Sie müssen

1. **persönlich für Ihre Agentur für Arbeit an jedem Werktag unter der von Ihnen benannten Anschrift erreichbar sein und die Agentur für Arbeit auch täglich aufsuchen können.** Wenn Sie dennoch beabsichtigen, sich vorübergehend unter einer anderen Anschrift aufzuhalten, benachrichtigen Sie bitte die Agentur für Arbeit rechtzeitig, möglichst innerhalb von 1 Woche vor der geplanten Ortsabwesenheit/Reise. Nähere Informationen enthält das Faltblatt „Wissenswertes zum Thema Umzug und Reisen“. Sie wird Sie informieren, ob und unter welchen Bedingungen ein leistungsunschädlicher Aufenthalt möglich ist. Verreisen Sie ohne vorherige Unterrichtung und **Zustimmung Ihrer Agentur für Arbeit**, wird die Bewilligung der Leistung rückwirkend vom Reisebeginn an aufgehoben (vgl. die Hinweise zur Erstattungspflicht in Abschnitt 8.3),

2. **eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung unter den auf dem Arbeitsmarkt allgemein üblichen Arbeitsbedingungen ausüben können und dürfen.** Betreuen Sie aufsichtsbedürftige Kinder oder pflegebedürftige Personen, muss die weitere Betreuung sichergestellt sein, wenn Sie eine Beschäftigung aufnehmen. Die Agentur für Arbeit kann Sie auffordern, entsprechende Nachweise zu bringen. Eine Einschränkung auf Teilzeit ist nur zulässig, wenn die Teilzeitbeschäftigung den üblichen Bedingungen des für Sie in Betracht kommenden Arbeitsmarktes entspricht,
3. bereit sein, zumutbaren Vorschlägen zur Teilnahme an **Maßnahmen der beruflichen Eingliederung** nachzukommen,
4. bereit sein, **jede zumutbare Beschäftigung** anzunehmen. Eine Beschäftigung ist auch zumutbar, wenn
 - sie nicht unbedingt Ihrer Ausbildung oder Ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit entspricht,
 - der neue Arbeitsplatz weiter als der bisherige von Ihrer Wohnung entfernt ist,
 - zur Aufnahme der Beschäftigung ein Umzug erforderlich ist,
 - die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als die bisherigen, z. B. bis zu 30 % weniger als der tarifliche Arbeitslohn bezahlt wird oder im Vergleich zur früheren Tätigkeit Zuschläge und andere Vergünstigungen fehlen (hierzu finden Sie weitere Hinweise in Abschnitt 6),
 - die Dauer, Lage und/oder Verteilung der Arbeitszeit ungünstiger ist/sind als bisher.

Während einer **beruflichen Weiterbildung**, die nicht von der Agentur für Arbeit gefördert wird, kann unter bestimmten Voraussetzungen das Arbeitslosengeld weitergezahlt werden. Voraussetzung hierfür ist unter anderem die vorherige Zustimmung der Agentur für Arbeit. Erkundigen Sie sich daher bitte vor Beginn der Weiterbildung bei Ihrer Agentur für Arbeit, was Sie zu beachten haben.

Zur Gewährung von Arbeitslosengeld bei einer von der Agentur für Arbeit geförderten Weiterbildung siehe Abschnitt 5.

Umzug/Ortsabwesenheit

Sie müssen für Ihre Agentur für Arbeit erreichbar sein. Erreichbar im Sinne der gesetzlichen Vorschriften bedeutet, dass Sie **an jedem Werktag** von Briefsendungen der Agentur für Arbeit in Ihrer Wohnung **Kenntnis nehmen** können. Deshalb müssen Sie mindestens **einmal am Werktag Ihren Briefkasten leeren**. Am Wochenende oder vor Feiertagen reicht es aus, wenn Sie die an Samstagen oder Tagen vor Feiertagen eingehende Post am darauf folgenden Sonn- oder Feiertag zur Kenntnis nehmen. Daher müssen Sie es Ihrer Agentur für Arbeit rechtzeitig mitteilen, wenn Sie (auch innerhalb derselben Gemeinde) umziehen oder an einem Werktag ganztags nicht zu Hause sind.

Wenn Sie keine finanziellen Nachteile erleiden wollen, müssen Sie Ihrer Agentur für Arbeit jeden **Umzug** rechtzeitig (spätestens eine Woche vor dem Umzugstermin) mitteilen.

Sind Sie an einem oder mehreren Werktagen **ganztags** unter der Ihrer Agentur für Arbeit bekannten Anschrift nicht zu erreichen (**sonstige Ortsabwesenheit**), ist dies ohne leistungsrechtliche Nachteile nur möglich, wenn Ihre Agentur für Arbeit vorher zugestimmt hat.

Teilen Sie Ihrer Agentur für Arbeit nach Möglichkeit spätestens 1 Woche vor dem Umzug Ihre neue Anschrift mit. Der Vordruck „Veränderungsmitteilung“ enthält besondere Felder für die Anzeige von Umzügen.

Häufig wird durch den Umzug in einen anderen Ort eine andere Agentur für Arbeit zuständig. Bei rechtzeitiger Mitteilung des Umzuges erfahren Sie von Ihrer Arbeitsagentur, welche Arbeitsagentur nunmehr für Sie zuständig ist. Die neue Arbeitsagentur wird Sie zur Meldung dort auffordern. Nehmen Sie bitte diesen Termin unbedingt wahr.

Teilen Sie Ihren Umzug erst nach dem Umzugstag mit, kann Ihre Leistung erst wieder ab dem Tag Ihrer Mitteilung bewilligt werden.

Zum Thema Ortsabwesenheit beachten Sie bitte auch Abschnitt 2.5 Nr. 1.

Nähere Informationen enthält das Faltblatt „Wissenswertes zum Thema Umzug und Reisen“

Sind Sie als Ausländer nicht Angehöriger eines Staates der Europäischen Union/des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweiz, beurteilt sich Ihre Verfügbarkeit wie bei einem deutschen Arbeitnehmer, solange Sie sich erlaubt in Deutschland aufhalten und Ihnen ein Aufenthaltstitel, der zur Aufnahme einer Beschäftigung berechtigt, grundsätzlich erteilt werden könnte.

Sind Sie **Schüler** oder **Student** einer Schule, Hochschule oder sonstigen Ausbildungsstätte, können Sie grundsätzlich kein Arbeitslosengeld erhalten. Eine Ausnahme gilt, wenn Sie nachweisen, dass die objektiven Anforderungen des Ausbildungsganges eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung neben der Ausbildung zulassen.

Die **Teilnahme an einer Maßnahme zur Abklärung der beruflichen Eignung oder an einer Arbeitserprobung** im Rahmen der Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben schließt die Verfügbarkeit nicht aus.

Bei Tätigkeiten und bei Teilnahme an Maßnahmen, die zur Verbesserung der Eingliederungsaussichten beitragen (**Maßnahmen der Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen**), können Sie Arbeitslosengeld weiter beziehen, wenn die Agentur für Arbeit diese Maßnahmen vorgeschlagen oder in die Teilnahme eingewilligt hat.

Wenn Sie das **58. Lebensjahr** vollendet haben, können Sie Arbeitslosengeld auch dann erhalten, wenn Sie nicht mehr voll am Erwerbsleben teilnehmen möchten. Nähere Informationen enthält das Faltblatt „Wissenswertes für über 58-Jährige“, das Ihre Agentur für Arbeit für Sie bereit hält.

Dies gilt ab 2008 nur, wenn Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld vor dem 1. 1. 2008 entstanden ist und Sie vor dem 1. 1. 2008 das 58. Lebensjahr vollendet haben.

Sind Sie voraussichtlich **für mehr als 6 Monate leistungsgemindert** und hat der Träger der Rentenversicherung noch nicht festgestellt, ob Sie voll erwerbsgemindert sind, können Sie bis zur Klärung dieser Frage Leistungen erhalten.

Bei unverschuldeter **Arbeitsunfähigkeit** wird Ihnen Arbeitslosengeld bis zur Dauer von **sechs Wochen** weiter gezahlt. Voraussetzung hierfür ist, dass die Arbeitsunfähigkeit **während des rechtmäßigen Leistungsbezuges** eingetreten ist. Die Leistung wird auch bei stationärer Behandlung sowie bei Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer durch Krankheit bedingten Sterilisation oder nicht rechtswidrigen Schwangerschaftsabbruchs weiter erbracht.

Wenn Sie nach der Antragstellung oder während des Bezuges von Leistungen arbeitsunfähig krank werden, melden Sie Ihre Arbeitsunfähigkeit bitte unverzüglich Ihrer Agentur für Arbeit und fügen Sie eine **ärztliche Bescheinigung** über die Arbeitsunfähigkeit und ihre voraussichtliche Dauer bei. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als zunächst vom Arzt bescheinigt, müssen Sie dies durch eine weitere ärztliche Bescheinigung nachweisen. Wenn Sie wieder arbeitsfähig sind, teilen Sie dies bitte ebenfalls sofort Ihrer Agentur für Arbeit mit. Benutzen Sie für diese Meldungen bitte möglichst den Vordruck „Veränderungsmitteilung“.

Ist nach ärztlichem Zeugnis die **Beaufsichtigung, Betreuung oder Pflege eines erkrankten Kindes** erforderlich, kommt eine Leistungsfortzahlung ebenfalls in Betracht. Die Dauer bemisst sich nach Lage des Einzelfalles. Bitte erkundigen Sie sich wegen der Voraussetzungen in Ihrem Fall bei Ihrer Agentur für Arbeit.

Wenn Ihre Arbeitsunfähigkeit durch Sie verschuldet oder durch andere Personen verursacht wurde (z. B. bei einem Verkehrsunfall), teilen Sie das bitte zusätzlich Ihrer Agentur für Arbeit mit und fügen Sie der Krankmeldung evtl. vorhandene Unterlagen (z. B. Unfallbericht, Name des Schädigers) bei.

Dauert die **Arbeitsunfähigkeit länger als sechs Wochen**, erhalten Sie, wenn Sie pflichtversichert sind, anschließend von Ihrer zuständigen Krankenkasse in der Regel Krankengeld in Höhe des Betrages, der Ihnen zuletzt als Leistung von Ihrer Agentur für Arbeit gewährt wurde.

Nach dem Bezug von Krankengeld müssen Sie sich für die Weiterzahlung von Arbeitslosengeld erneut persönlich bei Ihrer Agentur für Arbeit arbeitslos melden.

Ist die Arbeitsunfähigkeit vor dem Leistungsbeginn oder während eines Ruhenszeitraums (z.B. während einer Sperrzeit) eingetreten, ist eine Leistungsfortzahlung nicht möglich.

Können Sie bereits bei Ihrer persönlichen Arbeitslosmeldung wegen Krankheit keine Beschäftigung ausüben, stehen Sie der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Sprechen Sie nach Ihrer Genesung unverzüglich erneut persönlich bei Ihrer Agentur für Arbeit vor. Bis dahin bleibt Ihre Krankenkasse für Leistungen zuständig.

Spätestens mit Ablauf des Monats, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird, endet die Zahlung von Arbeitslosengeld.

Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld

Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht bei **Arbeitslosigkeit** oder bei Teilnahme an einer geförderten **beruflichen Weiterbildung** (siehe hierzu auch die Informationen in Abschnitt 5 und im Merkblatt 6 – Förderung der beruflichen Weiterbildung).

3.1 Anwartschaftszeit

Mit Ihrer persönlichen Arbeitslosmeldung haben Sie bereits eine wichtige Anspruchsvoraussetzung erfüllt. Arbeitslosengeld können Sie aber nur erhalten, wenn Sie – neben den in Abschnitt 2 genannten Anspruchsvoraussetzungen – auch die **Anwartschaftszeit** erfüllt haben.

Das ist dann der Fall, wenn Sie in den letzten zwei Jahren vor der Arbeitslosmeldung und der eingetretenen Arbeitslosigkeit mindestens 12 Monate (das sind 360 Kalendertage, weil der Monat zu 30 Tagen gerechnet wird) in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben. Zeiten eines Beschäftigungsverhältnisses ohne Entgeltzahlung bis zu einem Monat werden mitgerechnet. Dagegen werden Zeiten ohne Entgelt, aber mit Bezug von Kurzarbeitergeld (auch Transfer- und Saisonkurzarbeitergeld) in vollem Umfang berücksichtigt. Ab dem 1. 2. 2006 können auch Zeiten der freiwilligen Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden. Eine Beschäftigung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM), die ab 1.1. 2004 aufgenommen wurde, führt nicht mehr zu einer versicherungspflichtigen Beschäftigung in der Arbeitslosenversicherung.

Wenn Sie Übergangsgeld wegen einer berufsfördernden Maßnahme bezogen haben und diese Zeiten nachweisen, kann der 2-Jahres-Zeitraum auf bis zu 5 Jahre verlängert und dadurch unter Umständen eine weiter zurückliegende Beschäftigung berücksichtigt werden.

Auch durch folgende Zeiten können Sie die Anwartschaftszeit erfüllen:

- Zeiten in denen Sie Wehr- oder Zivildienst leisten,
- Zeiten in denen Sie zusätzlichen Wehrdienst leisten,
- Zeiten, in denen Sie Hilfeleistung im Innern (Wehrdienst) leisten,
- Zeiten, in denen Sie wegen des Bezuges von **Mutterschaftsgeld, Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Verletztengeld, Übergangsgeld wegen medizinischer Rehabilitation, Krankentagegeld** eines Unternehmens der privaten Krankenversicherung oder einer (zeitlich begrenzten) **Rente wegen voller Erwerbsminderung** versicherungspflichtig waren,
- Zeiten, in denen ein Kind bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres erzogen wurde und Sie deshalb versicherungspflichtig waren,
- **Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz.** Voraussetzung für die Anerkennung der Zeiten aus EU- bzw. EWR-Mitgliedstaaten ist im Allgemeinen aber, dass vor der Arbeitslosmeldung und Antragstellung zuletzt eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Bundesgebiet ausgeübt worden ist. Versicherungszeiten in der **Schweiz** werden bei deutschen Staatsangehörigen grundsätzlich wie Zeiten einer versicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland behandelt. Nähere Informationen enthält das Informationsblatt „Rückwanderer“, das Ihre Agentur für Arbeit für Sie bereithält.

Ist die Anwartschaftszeit erfüllt, hängt die **Dauer des Anspruches** von Ihrem Lebensalter und den zurückgelegten Versicherungszeiten in den letzten drei Jahren ab. Auch „Rest“-Ansprüche werden bis zum Erreichen der jeweiligen Höchstgrenze berücksichtigt (siehe Abschnitt 3.2).

Durch einen lückenlosen Zeitnachweis lassen sich Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung vermeiden.

3.2 Anspruchsdauer

Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld hängt davon ab, wie lange Sie in der um 3 Jahre verlängerten Rahmenfrist, das heißt, in den letzten 5 Jahren, bei der Bundesagentur für Arbeit versicherungspflichtig waren. Die Anspruchsdauer ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

Anspruchsdauer

nach Versicherungs- pflichtverhältnissen mit einer Dauer von insgesamt mindestens ... Monaten*)	nach Voll- endung des ... Lebensjahres	... Monate/ Kalendertage
12		6/180
16		8/240
20		10/300
24		12/360
30	50.	15/450
36	55.	18/540
48	58.	24/720

*) Innerhalb der Rahmenfrist. Es wird aber nicht weiter zurückgerechnet als bis zur Entstehung eines früheren Arbeitslosengeldanspruchs.

Beispiel:

Sie haben innerhalb der Rahmenfrist 480 Tage gearbeitet. Sie haben Anspruch auf 240 Kalendertage Arbeitslosengeld. Sie müssen aber mindestens 360 Kalendertage innerhalb der letzten 2 Jahre gearbeitet haben.

Hatten Sie in den letzten 5 Jahren schon einmal einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben und haben Sie die Anspruchsdauer nicht voll ausgeschöpft, dann erhöht sich Ihr neu erworbener Anspruch um diesen unverbrauchten Rest, maximal bis auf die Höchstdauer für das jeweilige Lebensalter (also unter 50 Jahren bis auf 360, ab 55 Jahren bis auf 540 und ab 58 Jahren bis auf 720 Kalendertage).

3.3 Was ist zu beachten, wenn kein Anspruch auf Arbeitslosengeld (mehr) besteht?

Besteht in Ihrem Fall kein Anspruch auf Arbeitslosengeld, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder der Anspruch verbraucht oder erloschen ist, setzen Sie sich bitte unverzüglich mit dem für Sie zuständigen Träger für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (örtliche Agentur für Arbeit, kommunaler Träger, Arbeitsgemeinschaft) in Verbindung. Dieser wird prüfen, ob Ihnen gegebenenfalls Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) zustehen.

Beziehen Sie die Leistung Gründungszuschuss, vermindert sich Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld um die Zeit des Bezuges. Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld kann sich hierdurch erschöpfen. Nachträgliche Änderungen in Ihrem Anspruch auf Arbeitslosengeld, z. B. Änderungen in der Höhe Ihres Arbeitslosengeldes oder der Eintritt einer Sperrzeit, wirken sich auf Ihren Gründungszuschuss aus. Beachten Sie bitte auch die Hinweise zum Gründungszuschuss unter Abschnitt 15.

3.4 Wann kann der Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht mehr geltend gemacht werden?

Ein Anspruch auf Arbeitslosengeld kann nach seinem Erlöschen nicht mehr geltend gemacht werden. Das Erlöschen kann aus folgenden Gründen eintreten:

Erlöschen wegen Zeitablauf: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld bleibt Ihnen 4 Jahre ab Entstehung des Anspruches erhalten. Das bedeutet, dass Sie innerhalb dieser Frist auf eine nicht verbrauchte Anspruchsdauer zurückgreifen können, falls Sie durch ein neues Beschäftigungsverhältnis oder durch andere versicherungspflichtige Zeiten nicht erneut die Anwartschaftszeit erfüllen. Nach Ablauf von 4 Jahren ab Entstehung des Anspruches erlischt der Anspruch und kann dann nicht mehr geltend gemacht werden.

Beispiel:

Herrn S. wird ab 1. 7. 2004 erstmals Arbeitslosengeld für 360 Kalendertage bewilligt. Nach einem Leistungsbezug für 35 Tage nimmt er eine Beschäftigung für 6 Monate auf. Durch diese Beschäftigung erfüllt er nicht erneut die Anwartschaftszeit (dafür wären 360 Kalendertage Beschäftigung erforderlich). Herr S. meldet sich nach Beschäftigungsende arbeitslos und beantragt die Wiederbewilligung von Arbeitslosengeld. Die Leistung wird ihm für die noch nicht verbrauchte Anspruchsdauer von 325 Kalendertagen in der bereits für die Zeit ab 1. 7. 2004 festgestellten Höhe bewilligt. Ob er während der befristeten Beschäftigung mehr oder weniger verdient hat als vorher, ist unerheblich. Der am 1. 7. 2004 entstandene Anspruch kann noch bis einschließlich 1. 7. 2008 geltend gemacht werden, wenn an diesem Tag Beschäftigungslosigkeit vorliegt. Am 2. 7. 2008 ist der Anspruch wegen des Ablaufes der Vier-Jahres-Frist erloschen und kann dann nicht mehr geltend gemacht werden.

Erlöschen wegen des Eintritts von Sperrzeiten:

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld erlischt, wenn Sie Anlass zum Eintritt von Sperrzeiten mit einer Gesamtdauer von 21 Wochen oder mehr geben (z. B. 2 Sperrzeiten von je 12 Wochen Dauer). Weitere Informationen zum Thema Sperrzeit finden Sie in Abschnitt 6 (Sperrzeit).

Entstehung eines neuen Anspruchs auf Arbeitslosengeld:

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld erlischt auch, wenn ein neuer Anspruch entsteht. Dies ist der Fall, wenn bei Eintritt der Beschäftigungslosigkeit die Anwartschaftszeit erneut erfüllt ist, also in der Rahmenfrist mindestens 360 Kalendertage mit versicherungspflichtigen Zeiten nach Entstehung des letzten Anspruchs vorliegen.

Der erloschene Anspruch kann jedoch unter bestimmten Voraussetzungen zu einer längeren Anspruchsdauer führen, Einzelheiten dazu finden Sie in Abschnitt 3.2. (Anspruchsdauer).

Die Höhe der Leistung

Für die Höhe des Arbeitslosengeldes sind von Bedeutung:

- das beitragspflichtige Arbeitsentgelt, das Sie im letzten Jahr vor der Entstehung Ihres Leistungsanspruches zuletzt erzielt haben (zur Ermittlung des Bemessungsentgelts, siehe Abschnitt 4.1),
- die zu berücksichtigende Lohnsteuerklasse (zur Ermittlung der Abzüge, siehe Abschnitt 4.2),
- die Frage, ob ein Kind im Sinne des § 32 Abs. 1, 3 bis 5 Einkommensteuergesetz zu berücksichtigen ist (zur Entscheidung, ob Ihnen der allgemeine oder erhöhte Leistungssatz zusteht, siehe Abschnitt 4.3).

Ihre Agentur für Arbeit errechnet aufgrund dieser Grundlagen ein tägliches Arbeitslosengeld.

Liegen die Antragsunterlagen vollständig vor, wird Ihnen im Antragservice der Agentur für Arbeit bei der persönlichen Antragsabgabe die voraussichtliche Höhe der Leistung bekanntgegeben.

Arbeitslosengeld wird für jeden Kalendertag geleistet.

Ist es für einen vollen Kalendermonat zu zahlen, ist dieser mit 30 Tagen anzusetzen.

Der Bewilligungsbescheid enthält die Berechnungsgrundlagen für Ihre Leistung. In dem Datenfeld „Berechnungsgrundlagen“ können Sie die wichtigen Ausgangsdaten für Ihren Bewilligungsbescheid nachvollziehen.

Beispiel:

Bemessungsentgelt ¹ täglich	55,50 EUR
Lohnsteuerklasse ² /Lohnsteuertabelle Jahr	III/2008
SV-Pauschale täglich (21%)	11,66 EUR
Leistungsentgelt täglich	43,84 EUR
Prozentsatz ³	67
Leistungssatz täglich	29,37 EUR
davon abzusetzender tägliches Anrechnungsbetrag ⁴	0,00 EUR

1 vgl. Abschnitt 4.1

2 vgl. Abschnitt 4.2

3 vgl. Abschnitt 4.3

4 z. B. aus Nebeneinkommen

Die Berechnungsgrundlagen werden Ihnen in den folgenden Abschnitten im Einzelnen erläutert.

4.1 Das Arbeitsentgelt als Bemessungsgrundlage

Ihre Agentur für Arbeit ermittelt zunächst einen Bemessungszeitraum aus den versicherungspflichtigen Arbeitsentgeltabrechnungszeiträumen, die ganz oder teilweise im letzten Jahr vor Eintritt der Arbeitslosigkeit liegen (Bemessungsrahmen) und am Tage Ihres Ausscheidens abgerechnet waren. Umfassen diese nicht mindestens 150 Tage mit Anspruch auf Arbeitsentgelt, wird der Bemessungsrahmen auf zwei Jahre verlängert. Können auch in diesem verlängerten Bemessungsrahmen keine 150 Tage mit Anspruch auf Arbeitsentgelt festgestellt werden, wird der Berechnung des Arbeitslosengeldes ein fiktives Arbeitsentgelt zugrunde gelegt.

Liegt ein Bemessungszeitraum mit mindestens 150 Tagen mit Anspruch auf Arbeitsentgelt vor, wird aus dem gesamten Arbeitsentgelt im Bemessungszeitraum ein tägliches Durchschnittsentgelt (Bemessungsentgelt) ermittelt:

Das Bemessungsentgelt, nach dem sich die Leistung richtet, wird errechnet, indem die Summe der Entgelte im Bemessungszeitraum durch die Zahl der Tage geteilt wird, die die Entgeltabrechnungszeiträume im Bemessungszeitraum umfassen (**tägliches Bemessungsentgelt**).

Beispiel:

Im Bemessungszeitraum, der 300 Tage umfasst, hat der Arbeitslose ein monatliches arbeitslosenversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt aus einer Beschäftigung erzielt. Insgesamt sind für die 300 Tage **21.000 EUR** zu berücksichtigen.

Dies ergibt ein tägliches Bemessungsentgelt von **21.000 EUR : 300 Tage = 70,00 EUR**.

Bei der Bemessung wird das arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeitsentgelt einschließlich **Einmalzahlungen** (z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) berücksichtigt.

Sollten Sie im Bemessungszeitraum Kurzarbeitergeld (auch Transferkurzarbeitergeld und Saisonkurzarbeitergeld) erhalten haben, ist der Berechnung des Arbeitslosengeldes das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, das Sie ohne Arbeitsausfall und ohne Mehrarbeit erzielt hätten. Arbeitsentgelt, das

wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder im Hinblick auf ein höheres Arbeitslosengeld gezahlt worden ist, wird nicht in die Bemessung einbezogen.

Sollten Sie Arbeitsentgelt erst nachträglich erhalten, z. B. nach einem arbeitsgerichtlichen Verfahren, legen Sie bitte Ihrer Agentur für Arbeit eine berichtigte Arbeitsbescheinigung vor und fügen Sie Unterlagen bei, aus denen Ihre Agentur für Arbeit erkennen kann, dass der Anspruch auf das nachgezahlte Entgelt bereits im Bemessungszeitraum bestanden hat. Diese wird dann prüfen, ob Ihnen nachträglich eine höhere Leistung bewilligt werden kann.

Rückwirkende tarifliche Lohnerhöhungen können nicht berücksichtigt werden, wenn sie erst nach Ihrem Ausscheiden vereinbart worden sind.

Das tägliche Bemessungsentgelt, den täglichen Leistungssatz und Hinweise zur Berechnung der Leistung finden Sie im Bewilligungsbescheid.

Spezielle Vorschriften zur Vermeidung von Nachteilen für Arbeitslose

Bei folgenden Sachverhalten bestehen Sondervorschriften, durch die Benachteiligungen bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes vermieden werden sollen:

- a) Wenn wegen Betreuung und Erziehung das Arbeitsentgelt oder die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit gemindert war und

- Elterngeld oder Erziehungsgeld bezogen oder Erziehungsgeld wegen Berücksichtigung von Einkommen nicht bezogen wurde, oder
- ein Kind unter 3 Jahren betreut und erzogen wurde,

bleibt diese Zeit bei der Ermittlung des Bemessungszeitraums außer Betracht.

- b) Haben Sie nach einem zusammenhängenden Zeitraum von 6 Beschäftigungsmonaten innerhalb der letzten

3½ Jahre vor der Entstehung des Anspruchs Ihre Arbeitszeit nicht nur vorübergehend durch **Teilzeitvereinbarung** um mindestens 5 Stunden vermindert und hat die verbliebene Arbeitszeit **weniger als 80 Prozent** der durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit eines vergleichbaren Vollzeitbeschäftigten betragen, bleibt der Zeitraum mit der verminderten Arbeitszeit bei der Bildung des Bemessungszeitraumes außer Betracht.

Beispiel:

A arbeitet aufgrund einer Teilzeitvereinbarung vom 1. 1. 2007 bis 31. 12. 2007 nur 30 Stunden bei einem Monatsverdienst von 1.500 EUR. Im Jahr 2006 arbeitete er 40 Stunden. Arbeitskollegen in gleicher Funktion arbeiten weiterhin 40 Stunden wöchentlich. Zum 31. 12. 2007 wurde das Beschäftigungsverhältnis beendet. Den Bemessungszeitraum bilden die Arbeitsentgeltabrechnungszeiträume in 2006; das Jahr 2007 bleibt bei der Bildung des Bemessungszeitraumes außer Betracht.

- c) Haben Sie in den letzten beiden Jahren vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit durchschnittlich ein um 10 Prozent höheres Arbeitsentgelt erzielt als im letzten Jahr, sind der Bemessung des Arbeitslosengeldes die Entgelte dieser beiden Jahre zugrunde zu legen. Da die Agentur für Arbeit aber in der Regel nicht weiß, dass Ihr Verdienst höher war, müssen Sie die Ausdehnung des Bemessungszeitraumes auf zwei Jahre ausdrücklich verlangen und die erforderlichen Unterlagen (Bescheinigung des Arbeitgebers, Lohnabrechnungen) vorlegen.

Beispiel:

A hatte bis Januar 2007 einen monatlichen Verdienst von 2.600 EUR. Dann hat er seinen Arbeitsplatz verloren. Auf dem neuen Arbeitsplatz erzielt er ab Februar 2007 nur mehr einen monatlichen Verdienst von 2.000 EUR. Zum Jahresende verliert er auch diesen Arbeitsplatz. Die Agentur für Arbeit berechnet das Arbeitslosengeld nicht nur nach dem Verdienst aus dem Jahre 2007, sondern nach dem Verdienst aus den Jahren 2006 und 2007.

- d) Haben Sie innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Entstehung des aktuellen Anspruchs (in der Regel erster Tag der Arbeitslosigkeit) bereits Arbeitslosengeld bezogen, ist Ihr damaliges Bemessungsentgelt bestandsgeschützt.

Beispiel:

A hat bis vor 18 Monaten Arbeitslosengeld bezogen. Das Bemessungsentgelt betrug 36 EUR täglich. Er hat eine geringer bezahlte Beschäftigung aufgenommen (30 EUR täglich). Bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes wird von 36 EUR ausgegangen.

4.2 Die Bedeutung der Lohnsteuerklasse

Der tägliche Leistungssatz wird aus einem pauschalierten Nettoarbeitsentgelt (Leistungsentgelt) errechnet.

Maßgebend für die Ermittlung des Leistungsentgelts ist die Lohnsteuerklasse, die zu Beginn des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist, auf Ihrer Lohnsteuerkarte eingetragen war.

Das pauschalierte Nettoentgelt weicht in der Regel von Ihrem letzten tatsächlichen Nettoentgelt ab.

Spätere **Änderungen** der Lohnsteuerklasse werden von dem Tage an berücksichtigt, an dem erstmals die Voraussetzungen für diese Änderungen vorlagen, z. B. bei einer Steuerklassenänderung nach einer Eheschließung.

**Lohnsteuerklassenwechsel kann teuer werden.
Lassen Sie sich beraten! Vorher!**

Haben Sie und Ihr Ehegatte die Steuerklasse **gewechselt**, so wird die neu eingetragene Lohnsteuerklasse nur berücksichtigt, wenn der Steuerklassenwechsel

- zu einem geringeren gemeinsamen Lohnsteuerabzug führt, also zweckmäßig ist, oder
- eine **niedrigere Leistung** ergibt.

Einen Steuerklassenwechsel nach Antragstellung auf Lohnersatzleistungen müssen Sie der Agentur für Arbeit unverzüglich anzeigen.

Die zweckmäßige Lohnsteuerklassenkombination bei einem Wechsel ermittelt Ihre Agentur für Arbeit anhand der „Tabelle zur Steuerklassenwahl“, die das Bundesfinanzministerium jährlich herausgibt. Dabei bleibt ein Ausfall des Arbeitslohnes unberücksichtigt, wenn er einen Anspruch auf eine lohnsteuerfreie Lohnersatzleistung (z. B. Arbeitslosengeld) begründet.

Ein Steuerklassenwechsel kann – auch wenn er steuerlich geboten scheint – zu einer niedrigeren Leistung führen.

Wenn Sie beabsichtigen, Ihre Lohnsteuerklasse zu wechseln, lassen Sie sich bitte vorher von Ihrer Agentur für Arbeit über die leistungsrechtlichen Folgen *beraten*. Nur durch eine vorherige Beratung können Sie erhebliche finanzielle Nachteile für Sie vermeiden.

Legen Sie bitte Einkommensnachweise Ihres Ehegatten für den Monat vor, in dem der Steuerklassenwechsel nach der Eintragung auf den Lohnsteuerkarten wirksam geworden ist.

Beispiel:

Ehegatten erzielen jeweils einen monatlichen Arbeitslohn von 2.000 EUR und haben die Steuerklassenkombination IV/IV auf ihren Lohnsteuerkarten eingetragen. Bei Eintritt von Arbeitslosigkeit eines Ehegatten wechseln sie die Steuerklassen (Steuerklassenkombination: III/V). Bei etwa gleich hohem Arbeitslohn ist die Steuerklassenkombination IV/IV die zweckmäßigste, weil sie zum geringsten gemeinsamen Lohnsteuerabzug führt. Ist bei dem arbeitslosen Ehegatten nunmehr die Lohnsteuerklasse III eingetragen, wird der Lohnsteuerklassenwechsel nicht berücksichtigt, weil die Lohnsteuerklasse nicht zweckmäßig ist. Hat er die Lohnsteuerklasse V, ist diese zwar ebenfalls nicht zweckmäßig, sie wird aber berücksichtigt, weil sie zu einer niedrigeren Leistung führt.

4.3 Allgemeiner oder erhöhter Leistungssatz?

Das Arbeitslosengeld wird von Ihrer Agentur für Arbeit in Höhe eines täglichen Leistungssatzes festgestellt. Der **allgemeine Leistungssatz** in Höhe von 60 Prozent des Leistungsentgelts wird gewährt, wenn kein Kind zu berücksichtigen ist. Ein **erhöhter Leistungssatz** (67 statt 60 Prozent des Leistungsentgeltes) steht Ihnen zu, wenn Sie oder Ihr nicht dauernd von Ihnen getrennt lebender und ebenfalls unbeschränkt einkommensteuerpflichtiger Ehegatte oder Lebenspartner mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Abs. 1, 3 bis 5 Einkommensteuergesetz (EStG) haben.

Das sind

- leibliche Kinder,
- angenommene Kinder,
- Pflegekinder.

Auf die Zahl der Kinder kommt es nicht an.

Haben Sie oder Ihr Ehegatte bzw. Lebenspartner kein Kind unter 18 Jahren, aber ein Kind oder mehrere Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, müssen die nachfolgend aufgeführten besonderen Voraussetzungen des § 32 Abs. 4 und 5 EStG für mindestens ein Kind erfüllt sein, damit Sie den erhöhten Leistungssatz erhalten können:

Die Voraussetzungen des § 32 Abs. 4 und 5 EStG liegen zum Beispiel vor, wenn das Kind

- noch nicht 21 Jahre alt ist, nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und bei einer Agentur für Arbeit im Inland als Arbeitsuchender gemeldet ist oder
- noch nicht 25 (bzw. bei bis 1. 1. 1983 Geborenen: 26) Jahre alt ist und
 - für einen Beruf ausgebildet wird oder
 - eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes nicht beginnen oder fortsetzen kann
 oder
 - sich in einer Übergangszeit von höchstens 4 Monaten zwischen zwei Ausbildungsabschnitten befindet oder

- wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Voraussetzung ist, dass die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten ist. Kinder mit einer Behinderung, die vor dem 1. 1. 2007 in der Zeit ab Vollendung des 25. Lebensjahres und vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetreten ist, werden ebenfalls berücksichtigt.

Die Altersgrenzen erhöhen sich um Zeiten des gesetzlichen Wehr- oder Zivildienstes.

Außerdem gelten für das Kind **Einkommengrenzen**. Einkünfte und Bezüge des Kindes, die zur Bestreitung seines Unterhalts oder seiner Berufsausbildung bestimmt oder geeignet sind, dürfen 640 Euro im Kalendermonat bzw. 7680 Euro im Kalenderjahr nicht übersteigen.

Wie können Sie Ihrer Agentur für Arbeit nachweisen, dass Sie ein Kind haben, das Sie zum Bezug des erhöhten Leistungssatzes berechtigt?

Ein Kind unter 18 Jahren können Sie am einfachsten durch Eintragung eines Kinderfreibetrages auf der Lohnsteuerkarte nachweisen, ein Kind ab 18 Jahren durch den Bezug von Kindergeld. Geben Sie deshalb die Kindergeldnummer und die Familienkasse an, bei der Sie oder Ihr Ehegatte Kindergeld beantragt haben oder beziehen.

Die Familienkasse wird vor oder während des Bezuges von Kindergeld für mindestens 18-jährige Kinder auch das voraussichtliche Einkommen des Kindes feststellen; darauf greift Ihre Agentur für Arbeit zurück. Andernfalls wird Ihre Agentur für Arbeit Ihnen einen Fragebogen zur Einkommensfeststellung übergeben.

Es gilt das **Monatsprinzip**: Sie können den erhöhten Leistungssatz nur bis zum Ende des Monats erhalten, in dem das Kind 18 Jahre alt wird oder (bei älteren Kindern) die Voraussetzungen des § 32 Abs. 4 und 5 EStG noch vorliegen. Es kommt nicht darauf an, ob auf Ihrer Lohnsteuerkarte bzw. der Ihres Ehegatten ein Kinderfreibetrag noch bis zum Ende des Kalenderjahres eingetragen bleibt, obwohl das Kind bereits früher 18 Jahre alt wird oder seine Berufsausbildung beendet.

Wird ein Kind also z. B. am 15. 6. 18 Jahre alt, kann der erhöhte Leistungssatz bis zum 30. 6. gezahlt werden, bei

Beendigung einer Berufsausbildung mit 20 Jahren am 13. 5. noch für den Monat Mai.

4.4 Was ist zu beachten, wenn nur ein sehr geringer Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht?

Besteht in Ihrem Fall nur ein sehr geringer Anspruch auf Arbeitslosengeld, weil Sie z. B. in Ihrer vorherigen Beschäftigung ein niedriges Arbeitsentgelt erhalten haben, setzen Sie sich bitte unverzüglich mit dem für Sie zuständigen Träger für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (örtliche Agentur für Arbeit, kommunaler Träger, Arbeitsgemeinschaft) in Verbindung. Dieser wird prüfen, ob Ihnen gegebenenfalls zusätzliche Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) zustehen.

4.5 Weitere Regelungen

Arbeitslosengeld verringert sich, wenn Sie nicht mehr die Zahl von Arbeitsstunden leisten können oder wollen, die Sie im Bemessungszeitraum geleistet haben (z. B. wenn Sie wegen **Betreuung eines Kindes oder wegen Minderung Ihres Leistungsvermögens** nur noch halbtags arbeiten können). Teilen Sie bitte der Agentur für Arbeit unverzüglich mit, wenn die Gründe für die Einschränkungen der wöchentlichen Arbeitszeit eintreten oder weggefallen sind.

Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung

Wenn die Teilnahme an einer Weiterbildung für Ihre berufliche Eingliederung notwendig ist, erhalten Sie von Ihrer Agentur für Arbeit einen Bildungsgutschein. Mit diesem Bildungsgutschein werden die Kosten für die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung übernommen, vorausgesetzt, die ausgewählte Maßnahme sowie der Träger der Weiterbildung sind für die Weiterbildungsförderung zugelassen.

Für die Zeit einer von Ihrer Agentur für Arbeit geförderten Weiterbildung wird Arbeitslosengeld weiter gezahlt. Die Regelungen für das Arbeitslosengeld gelten unverändert auch während der Weiterbildung.

Besonderheiten:

Während der geförderten Weiterbildung mindert sich die Anspruchsdauer für jeweils zwei Tage des Bezuges von Arbeitslosengeld nur um jeweils einen Tag. Eine Minderung der Anspruchsdauer unterbleibt ganz, wenn bereits zu Beginn der Weiterbildung die Anspruchsdauer 30 Tage oder weniger beträgt. Wird durch die Minderung während der Weiterbildung eine Anspruchsdauer von 30 Tagen erreicht, unterbleibt eine weitere Minderung der Anspruchsdauer.

So ist sichergestellt, dass Sie nach Ende der Weiterbildung bei ggf. weiterhin vorliegender Arbeitslosigkeit noch einen Anspruch auf Arbeitslosengeld für mindestens 30 weitere Tage – wenn Sie zu Beginn der Weiterbildung nur noch einen Restanspruch von weniger als 30 Tagen hatten, für höchstens diesen Restanspruch – geltend machen können.

Ausführliche Informationen zu den Leistungen während einer geförderten Weiterbildung finden Sie im Merkblatt 6, Förderung der beruflichen Weiterbildung, das Ihre Agentur für Arbeit für Sie bereithält und im Internet abrufbar ist.

Wollen Sie an einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung teilnehmen, für die eine Förderung durch Übernahme der Weiterbildungskosten nicht möglich ist, kann Ihnen für die Zeit der Weiterbildung Arbeitslosengeld weiter gezahlt werden, wenn

- die Agentur für Arbeit der Teilnahme **vorher** zugestimmt hat,
- Sie bereit sind, die Maßnahme abubrechen, sobald eine berufliche Eingliederung in Betracht kommt und
- Sie mit dem Träger der Maßnahme die Möglichkeit zum jederzeitigen Abbruch vereinbart haben.

Weitere Informationen hierzu erhalten Sie bei Ihrer Agentur für Arbeit.

Beschäftigungsverhältnisse enden in der Regel durch Kündigung (seitens des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers) oder in gegenseitigem Einvernehmen (Aufhebungsvertrag). Nicht selten erhält der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Beendigung eine Abfindung, Entschädigung oder ähnliche Leistung (siehe Merkblatt 17).

Eine Sperrzeit tritt ein, wenn Sie ohne wichtigen Grund Ihr Beschäftigungsverhältnis gelöst oder durch ein arbeitsvertragswidriges Verhalten Anlass für die Lösung des Beschäftigungsverhältnisses gegeben und dadurch die Arbeitslosigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben.

Sie lösen das Beschäftigungsverhältnis, wenn Sie

- Ihr **Arbeitsverhältnis selbst kündigen**,
- einen **Aufhebungsvertrag** mit Ihrem Arbeitgeber geschlossen haben,
- eine **Absprache** mit Ihrem Arbeitgeber **über die Beendigung der Beschäftigung** getroffen haben,
- als **langjährig beschäftigter Arbeitnehmer** mit der Kündigung einverstanden sind und Ihr Arbeitgeber (rechtmäßige) Kündigungen bei langjähriger Betriebszugehörigkeit nur im Einvernehmen ausspricht.

Außerdem tritt eine Sperrzeit ein, wenn Sie

- eine von Ihrer Agentur für Arbeit – ggf. auch während der Zeit vor Eintritt der Arbeitslosigkeit – angebotene **Arbeit ablehnen** oder **nicht antreten** oder durch Ihr Verhalten das Zustandekommen eines Beschäftigungsverhältnisses **vereiteln**; das gilt auch für vorübergehende Beschäftigungen,
- **sich weigern**, an einer Trainingsmaßnahme, Maßnahme zur Eignungsfeststellung oder an einer Maßnahme zur beruflichen Aus- oder Weiterbildung oder einer Maßnahme zur Teilhabe am Arbeitsleben **teilzunehmen**,
- die **Teilnahme** an einer der vorstehend genannten Maßnahmen **abbrechen** oder durch **maßnahmewidriges Verhalten** Anlass für den Ausschluss aus einer Maßnahme geben,

- trotz Belehrung über die Rechtsfolgen, die von der Agentur für Arbeit geforderten **Eigenbemühungen nicht nachweisen** (siehe auch Hinweise im Abschnitt 2.4),
- trotz Belehrung über die Rechtsfolgen einer **Aufforderung der Agentur für Arbeit**, sich zu melden oder zu einem ärztlichen oder psychologischen Untersuchungstermin zu erscheinen, **nicht nachkommen (Meldeversäumnis)**, siehe auch Hinweise zur Meldepflicht im Abschnitt 8.1),
- sich verspätet arbeitsuchend melden (vgl. Abschnitt 1).

Der Eintritt einer Sperrzeit bewirkt, dass Ihnen Arbeitslosengeld für die Dauer von zwölf Wochen – bei besonderen Tatbeständen drei oder sechs Wochen – nicht gezahlt werden kann.

Die Dauer einer Sperrzeit bei unzureichenden Eigenbemühungen beträgt zwei Wochen, bei Meldeversäumnis und verspäteter Arbeitsuchendmeldung jeweils eine Woche.

Während der Sperrzeit **ruht der Anspruch, Ihre Anspruchsdauer vermindert sich** außerdem um die Tage der Sperrzeit, bei einer zwölfwöchigen Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe mindestens um ein Viertel (z. B. bei einer Anspruchsdauer von 18 Monaten um 4,5 Monate). Die Anspruchsdauer wird nicht gemindert, wenn die Sperrzeit früher als ein Jahr vor der Erfüllung der Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitslosengeld eingetreten ist.

Eine Sperrzeit tritt nicht ein, wenn Sie für Ihr Verhalten einen wichtigen Grund haben.

Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Ihnen **unter Berücksichtigung der Gesamtumstände** ein anderes als das zu einer Sperrzeit führende Verhalten nicht zugemutet werden kann.

Für die **Aufgabe oder Ablehnung einer Arbeit** liegt ein wichtiger Grund vor, wenn

1. bindende Bestimmungen über Arbeitsbedingungen nicht eingehalten werden,

2. bindende Bestimmungen über Arbeitsschutzvorrichtungen nicht eingehalten werden,
3. Ihnen die Arbeit nach Ihrem körperlichen oder geistigen Leistungsvermögen nicht zugemutet werden kann,
4. die Arbeitsstelle durch Streik oder Aussperrung frei geworden ist und Ihnen nur für die Dauer des Streiks oder die Aussperrung angeboten wurde,
5. die angebotene Unterkunft gesundheitlich oder sittlich bedenklich ist,
6. die Arbeit gegen ein Gesetz oder gegen die guten Sitten verstößt,
7. Sie zu Ihrem Ehegatten bzw. zu Ihrem Lebenspartner i. S. des Lebenspartnerschaftsgesetzes ziehen wollen.

Ein wichtiger Grund **kann** vorliegen, wenn Sie

- die Arbeit wegen untertariflicher Entlohnung nicht annehmen oder antreten und Ihre Tarifgebundenheit nachweisen,
- zu Ihrem Partner in eheähnlicher Gemeinschaft ziehen wollen,
- mit Ihrem Partner die Erziehungsgemeinschaft zugunsten Ihrer gemeinsamen Kinder im Interesse des Kindeswohles (wieder) herstellen wollen,
- von einer unbefristeten in eine befristete Beschäftigung wechseln und Sie hierfür triftige Gründe wie z. B. höhere Bezahlung oder Chance auf Weiterbeschäftigung nach Ablauf der Befristung darlegen können,
- im Falle der einvernehmlichen Kündigung Sie einer rechtmäßigen arbeitgeberseitigen Kündigung zugekommen sind und eine Vergünstigung (z. B. Abfindung) erhalten haben, die Sie sonst nicht bekommen hätten oder
- im Falle der einvernehmlichen Kündigung Sie einer rechtmäßigen arbeitgeberseitigen Kündigung zugekommen sind und Nachteile für Ihr berufliches Fortkommen befürchten mussten oder eine Abfindung bis zu 0,5 Monatsentgelten pro Beschäftigungsjahr erhalten haben. Auf Nachteile für Ihr berufliches Fortkommen können Sie sich nicht berufen, wenn Sie eine Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen. Gleiches gilt, wenn Sie eine Abfindung erhalten, die auf einen Übergang in die Rente abzielt.

Die Anerkennung eines wichtigen Grundes setzt allerdings voraus, dass Sie alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, Ihre Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder soweit wie möglich hinausschieben oder entsprechend frühzeitige Eigenbemühungen nachweisen können.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere **nicht** vor, wenn

- ansonsten ein anderer Arbeitnehmer arbeitslos geworden wäre,
- ein Aufhebungsvertrag geschlossen wurde, um einer arbeitgeberseitigen Kündigung zuvorzukommen, aber der Arbeitgeber nicht oder nicht zum selben Zeitpunkt hätte kündigen dürfen oder
- eine Klage vor dem Arbeitsgericht mit dem Ziel erhoben worden ist, durch einen späteren Vergleich den Eintritt einer Sperrzeit zu verhindern.

In Abschnitt 2.5 (Punkt 4) finden Sie Einwendungen gegen ein **Arbeitsangebot** Ihrer Agentur für Arbeit, die **nicht** als **wichtige Gründe** anerkannt werden können.

Bitte bedenken Sie:

Ihr gesamter Leistungsanspruch erlischt, wenn Sie Anlass zum Eintritt von Sperrzeiten mit einer Gesamtdauer von 21 Wochen oder mehr geben (z. B. 2 Sperrzeiten von je 12 Wochen Dauer). Auf den Grund für die einzelnen Sperrzeiten kommt es dabei nicht an. Berücksichtigt werden Sperrzeiten, die im Zusammenhang mit der Entstehung Ihres Anspruches, danach und in einem Zeitraum von zwölf Monaten vor der Entstehung des Anspruches eingetreten sind.

Wenn Sie während einer Sperrzeit Ihren Lebensunterhalt aus Ihren vorhandenen Geldmitteln nicht bestreiten können, setzen Sie sich bitte unverzüglich mit dem für Sie zuständigen Träger für die Grundsicherung für Arbeitssuchende (örtliche Agentur für Arbeit, kommunaler Träger, Arbeitsgemeinschaft) in Verbindung. Dieser wird prüfen, ob Ihnen gegebenenfalls Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) zustehen.

Ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld, wird die Leistung ganz oder teilweise nicht ausgezahlt, obwohl die Anspruchsvoraussetzungen eigentlich erfüllt sind. Außer bei Sperrzeiten (siehe Abschnitt 6) ruht der Anspruch auch in folgenden Fällen:

7.1 Ruhen bei Sozialleistungen

Beziehen Sie bestimmte **andere Sozialleistungen** (Berufsausbildungsbeihilfe, Krankengeld, Versorgungskrankengeld und Verletztengeld, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld, Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit, die Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die Knappschaftsausgleichsleistung oder ähnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art), ruht Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld ganz oder teilweise. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sollen eine „Doppelzahlung“ verhindern.

Beziehen Sie **Erziehungsgeld** oder **Elterngeld**, steht dies dem Bezug von Arbeitslosengeld nicht entgegen. Sie müssen jedoch bereit und in der Lage sein, eine Beschäftigung von mindestens 15 Stunden wöchentlich unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes aufzunehmen.

Erkundigen Sie sich möglichst frühzeitig nicht nur bei Ihrer Agentur für Arbeit, sondern auch beim Träger der Ihnen gezahlten Leistung, z. B. dem Rentenversicherungsträger, nach den Auswirkungen eines Zusammentreffens mit Arbeitslosengeld.

Unter Umständen hat eine Leistung keine Auswirkungen auf das Arbeitslosengeld; wird jedoch Arbeitslosengeld gezahlt, kann die andere Leistung entfallen.

Ausländische Sozialleistungen wirken sich in gleicher Weise aus wie vergleichbare inländische Sozialleistungen.

Bewilligt ein anderer Träger rückwirkend Leistungen, ist die für den selben Zeitraum von der Agentur für Arbeit gezahlte Leistung grundsätzlich an die Agentur für Arbeit zurückzuzahlen.

7.2 Ruhen bei Arbeitgeberleistungen

Arbeitslosengeld ruht für die Zeit, für die Sie von Ihrem ehemaligen Arbeitgeber noch Arbeitsentgelt oder Urlaubsabgeltung erhalten oder beanspruchen können.

Beispiele:

Endet Ihre Beschäftigung am 15. Mai, während der Arbeitgeber das Gehalt noch bis zum Ende des Arbeitsverhältnisses am 31. Mai zahlt, können Sie Leistungen Ihrer Agentur für Arbeit erst ab 1. Juni erhalten.

Endet Ihr Arbeits-/Beschäftigungsverhältnis z. B. an einem Montag und erhalten Sie noch eine Urlaubsabgeltung für 3 Tage bei einer 5-Tage-Woche, ruht Ihr Anspruch bis einschließlich Donnerstag (letzter Urlaubstag). Arbeitslosengeld könnte ab Freitag gezahlt werden.

Auch wenn Sie eine **Entlassungsentschädigung** (Abfindung, Entschädigung oder ähnliche Leistung) erhalten, ruht Ihr Leistungsanspruch für eine bestimmte Zeit, wenn Sie unkündbar waren oder die Kündigungsfrist nicht eingehalten worden ist; Einzelheiten hierzu enthält das **Merkblatt 17**.

Ihr Leistungsanspruch kann unter bestimmten Voraussetzungen auch ruhen, wenn Sie mit Ihrem Arbeitgeber eine **Vorruhestandsvereinbarung** abgeschlossen haben, nach der Sie mindestens 65 Prozent des arbeitslosenversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts erhalten, das Sie in den letzten sechs Monaten vor Beginn der Vorruhestandsleistungen durchschnittlich erzielt haben. Auf die Bezeichnung „Vorruhestandsvereinbarung“ oder „Vorruhestandsleistung“ kommt es dabei nicht an.

7.3 Unschädliche Leistungen

Zu den Leistungen, die sich auf das Arbeitslosengeld nicht auswirken, gehören

- das **Kindergeld**,
- das **Wohngeld**,
- das **Arbeitslosengeld II/Sozialgeld**, das unter Anrechnung des Arbeitslosengeldes gezahlt wird (soweit die Leistung Ihrer Agentur für Arbeit nicht mit der vorschussweise gezahlten Leistung verrechnet werden muss).

Weitere Pflichten, die Sie beachten sollten

8.1 Meldepflicht

Während der Zeit, für die Sie Anspruch auf Arbeitslosengeld erheben, sind Sie verpflichtet, sich bei Ihrer Agentur für Arbeit oder einer sonstigen Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit persönlich zu melden und ggf. zu einer ärztlichen oder psychologischen Untersuchung zu erscheinen, falls Sie Ihre Agentur für Arbeit dazu auffordert. Eine solche Aufforderung kann zum Zwecke der Berufsberatung, der Vermittlung in eine berufliche Ausbildungs- oder Arbeitsstelle, zur Vorbereitung von aktiven Arbeitsförderungsleistungen und von Entscheidungen im Leistungsverfahren sowie zur Prüfung des Vorliegens der Leistungsvoraussetzungen (Eigenbemühungen und Verfügbarkeit) erfolgen. Ihre Agentur für Arbeit kann bestimmen, dass eine Meldeaufforderung auf den ersten Tag nach einer nachgewiesenen Arbeitsunfähigkeit fortwirkt. Ist eine solche Fortwirkung in Ihrer Meldeaufforderung enthalten und sind Sie am Tag des vorgesehenen Meldetermins arbeitsunfähig krank, sind Sie verpflichtet, sich am **ersten Tag, an dem Sie wieder arbeitsfähig sind**, persönlich bei Ihrer Agentur für Arbeit zu melden.

Auch wenn Ihr Anspruch ruht, z. B. während einer Sperrzeit oder während eines Widerspruchs- oder sozialgerichtlichen Verfahrens, gilt die Meldepflicht für die Zeit, für die Sie Leistungen beantragen oder beantragt haben.

Falls Sie an dem Ihnen genannten Tag oder Zeitpunkt verhindert sind, unterrichten Sie bitte sofort Ihre Agentur für Arbeit und geben Sie auch den Grund an. Dies ist zu Ihrem eigenen Nutzen, denn wenn Sie ohne wichtigen Grund einen solchen Termin nicht wahrnehmen, tritt eine Sperrzeit von einer Woche ein.

Die Dauer Ihres gesamten Anspruchs auf Arbeitslosengeld wird um die Tage einer Sperrzeit verringert.

Weitere Informationen zum Thema „Sperrzeit“ finden Sie in Abschnitt 6.

8.2 Mitwirkungs- und Mitteilungspflicht

Bereits ab der Beantragung einer Leistung und auch während ihrer Zahlung kann auf Ihre Mitwirkung nicht verzichtet werden. Sie müssen alle Tatsachen angeben, die im Antrag abgefragt werden, also für die Leistung bedeutsam sind. Sind Auskünfte Dritter erforderlich, müssen Sie deren Erteilung zustimmen. Werden Beweismittel (Urkunden, Nachweise) benötigt, müssen Sie diese benennen oder vorlegen. Auf Verlangen der Agentur für Arbeit müssen Sie auch persönlich vorsprechen oder sich untersuchen lassen. Auch die Bereitschaft, an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben teilzunehmen, kann von Ihnen unter Umständen verlangt werden.

Darüber hinaus sind Sie verpflichtet, Ihrer Agentur für Arbeit alle späteren Änderungen zu Angaben **unaufgefordert** und **sofort** mitzuteilen. Nur so können Leistungen in korrekter Höhe gezahlt oder Überzahlungen vermieden werden.

Ihre Mitteilungspflicht besteht auch während des Ruhens des Anspruchs, also z. B. während einer Sperrzeit, oder wenn Sie vermittlerisch durch Dritte betreut werden. Ergeben sich Änderungen, die sich rückwirkend auf die Leistung auswirken können, z. B. die rückwirkende Bewilligung einer Rente und ähnliches, besteht Ihre Mitteilungspflicht über das Ende des Leistungsbezuges hinaus. Auch wenn Sie im Zweifel sind, ob eine Änderung für den Leistungsanspruch bedeutsam ist, unterrichten Sie bitte Ihre Agentur für Arbeit.

Insbesondere müssen Sie Ihre Agentur für Arbeit sofort benachrichtigen, wenn

1. Sie aus einer früheren Beschäftigung noch Arbeitsentgelt, eine Urlaubsabgeltung oder Entlassungsentschädigung (Abfindungen, Entschädigungen oder ähnliche Leistungen) erhalten,

2. Sie eine berufliche Tätigkeit aufnehmen – auch als Selbstständiger oder mithelfender Familienangehöriger. Eine Mitteilung des Arbeitgebers an die Krankenkasse über Ihre Arbeitsaufnahme reicht nicht aus. **Verlassen Sie sich auch nicht auf eventuelle Zusagen anderer, z. B. Ihres Arbeitgebers, Ihre Beschäftigungsaufnahme Ihrer Agentur für Arbeit anzuzeigen. Hierzu sind ausschließlich Sie selbst verpflichtet.** Dies gilt auch für sog. Probearbeitsverhältnisse. Beginnt das Arbeitsverhältnis vereinbarungsgemäß mit einem arbeitsfreien Tag (Samstag, Sonntag, Feiertag), ist dieser Tag als Arbeitsaufnahme anzugeben, auch wenn die Arbeit tatsächlich erst später aufgenommen wird,
3. Sie arbeitsunfähig erkranken und wenn Sie wieder arbeitsfähig sind. Beruht die Arbeitsunfähigkeit auf Ihrem Verschulden oder dem Verschulden eines Dritten (z. B. bei einem Verkehrsunfall) oder einer Sterilisation, geben Sie dies bitte gesondert an,
4. Sie Mutterschaftsgeld oder ähnliche Leistungen oder Übergangsgeld (z. B. aufgrund einer Kur oder med. Rehabilitationsmaßnahme) beantragen oder erhalten. Legen Sie bitte den jeweiligen Bewilligungsbescheid vor,
5. Sie Renten aller Art, insbesondere Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder Invalidenrente, beantragen oder erhalten,
6. Sie eine Nebenbeschäftigung ausüben oder aufnehmen, die weniger als 15 Stunden wöchentlich beträgt, auch wenn diese nicht steuer- oder sozialversicherungspflichtig ist,
7. Sie als Schüler oder Student eine Schule, Hochschule oder ähnliche Ausbildungsstätte besuchen,
8. Sie Ihren Wohnort verlassen,
9. sich Ihre Anschrift ändert,

10. Sie heiraten oder eine Lebenspartnerschaft schließen, sich von Ihrem Ehegatten oder Lebenspartner dauernd trennen oder Ihre Ehe oder Lebenspartnerschaft endet,
11. sich – aus welchem Grund auch immer – Ihre Steuerklasse ändert (siehe auch Abschnitt 4.2),
12. auf Ihrer Lohnsteuerkarte oder der Ihres Ehegatten oder Lebenspartners ein Kind oder mehrere Kinder eingetragen sind und die Voraussetzungen für die Eintragung bei keinem der Kinder mehr vorliegen (z. B. wenn das einzige bisher eingetragene 18 Jahre alte Kind die Berufsausbildung beendet hat), siehe hierzu auch Abschnitt 4.3,
13. Sie eine ehrenamtliche Tätigkeit wöchentlich 15 Stunden oder länger ausüben,
14. Sie zum Wehr- oder Zivildienst oder zu einer Wehrübung einberufen werden.

Bitte benutzen Sie für eine schriftliche Mitteilung den Vordruck „Veränderungsmitteilung“, den Sie von Ihrer Agentur für Arbeit erhalten haben. Das erleichtert und ermöglicht eine schnellere Bearbeitung.

8.3 Erstattungspflicht

Wer zu Unrecht Leistungen erhalten hat, muss sie zurückzahlen, soweit die Bewilligung aufgehoben wird. Nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches ist eine Leistungsbewilligung dann aufzuheben, wenn die bewilligten Leistungen dem Betroffenen nicht zustanden und er insbesondere

- vorsätzlich oder grob fahrlässig **falsche oder unvollständige Angaben** gemacht bzw. eine Änderung seiner Verhältnisse nicht rechtzeitig mitgeteilt hat,
- gewusst hat oder leicht erkennen konnte, dass er keinen oder nur einen niedrigeren Leistungsanspruch hatte, oder
- **Einkommen** erzielt hat, das zum Wegfall oder zur Minderung des Anspruchs geführt hätte.

Bitte achten Sie auf die Vollständigkeit und Richtigkeit Ihrer Angaben und teilen Sie Änderungen umgehend Ihrer zuständigen Agentur für Arbeit mit. Die Beachtung dieser Mitwirkungspflichten liegt auch in Ihrem Interesse. Sollten Sie falsche bzw. unvollständige Angaben machen oder Änderungen nicht bzw. nicht unverzüglich mitteilen, müssen Sie nicht nur mit der Erstattung der zu Unrecht erhaltenen Leistungen rechnen, sondern Sie setzen sich auch der Gefahr eines Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahrens aus. Leistungsmissbrauch wird u. a. mit modernen Methoden der Elektronischen Datenverarbeitung aufgedeckt und mit Nachdruck verfolgt und geahndet, um die Gemeinschaft der Beitrags- und Steuerzahler zu schützen. Ihre Agentur für Arbeit arbeitet hierbei mit anderen Behörden zusammen.

Die Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung

Kranken-/Pflegeversicherung

Während Sie Arbeitslosengeld beziehen, sind Sie grundsätzlich in **der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung** pflichtversichert. Die Kranken- und Pflegeversicherung wird bei der Krankenkasse durchgeführt, bei der Sie vor Eintritt der Arbeitslosigkeit versichert waren. Sie können eine andere Krankenkasse wählen, wenn Sie Ihrer bisherigen Krankenkasse rechtzeitig gekündigt haben (siehe unten).

Zur Wahl stehen

- die AOK Ihres Wohnortes,
- eine Ersatzkasse, die für Ihren Wohnort zuständig ist,
- eine Betriebs- oder Innungskrankenkasse, wenn Sie in einem Betrieb beschäftigt waren, der den Zugang zu dieser Krankenkasse ermöglicht, oder wenn die Satzung der jeweiligen Betriebs- oder Innungskrankenkasse die Mitgliedschaft Betriebsfremder zulässt
- die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See oder
- die Krankenkasse des Ehegatten.

Wenn Sie Mitglied einer landwirtschaftlichen Krankenkasse sind, steht Ihnen ein solches Wahlrecht nicht zu.

An die gewählte Krankenkasse sind Sie mindestens 18 Monate gebunden. Sie können Ihre Mitgliedschaft jeweils zum Ablauf des übernächsten Monats **kündigen** (also frühestens im Laufe des 16. Monats der Mitgliedschaft zum Ablauf des 18. Monats). Darüber hinaus haben Sie ein Sonderkündigungsrecht, wenn Ihre Krankenkasse den Beitragssatz erhöht. Die Entscheidung über die Wirksamkeit der Kassenwahl trifft ausschließlich die Krankenkasse, nicht Ihre Agentur für Arbeit.

Bei einem Wechsel der Krankenkasse legen Sie bitte Ihrer Agentur für Arbeit mit Ihrem Leistungsantrag – oder bei späterem Wechsel sofort danach – eine Mitgliedsbescheinigung der neuen Krankenkasse vor.

Weitere Auskünfte erteilen die Krankenkassen.

Dem Bewilligungs- oder Änderungsbescheid können Sie entnehmen, bei welcher Krankenkasse Sie versichert sind. Dieser Krankenkasse meldet die Agentur für Arbeit den Beginn und das Ende sowie etwaige Unterbrechungen des Leistungsbezuges.

Ihre Agentur für Arbeit **versichert Sie erst dann, wenn** die beantragte Leistung auch **bewilligt** worden ist. Die Versicherung beginnt grundsätzlich **rückwirkend** mit dem ersten Tag, für den Sie Leistungen erhalten. Sie sollten dies besonders beachten, wenn Sie Ihren Antrag erst verspätet abgeben oder wenn die Bearbeitung Ihres Antrages länger dauert.

Solange Sie **keine Leistungen** beziehen, sind Sie **nicht versichert**, also auch dann nicht, wenn der Anspruch auf Arbeitslosengeld **ruht**. Ruht der Anspruch wegen des Eintritts einer **Sperrzeit** oder wegen einer **Urlaubsabgeltung** (durch Ihren früheren Arbeitgeber), besteht Krankenversicherungsschutz erst ab Beginn des zweiten Monats des Ruhenszeitraums bis zu dessen Ende, frühestens jedoch ab Beginn der Arbeitslosigkeit.

Nach dem Ausscheiden aus einem Beschäftigungsverhältnis können Ihnen zwar noch **Ansprüche auf Leistungen** Ihrer bisherigen Krankenkasse zustehen, allerdings **längstens für einen Monat**. Um versicherungsrechtliche Nachteile zu vermeiden, erkundigen Sie sich bitte in den oben genannten Fällen sofort bei Ihrer Krankenkasse oder Ihrem Versicherungsunternehmen, wie Sie ggf. einen vorläufigen lückenlosen Kranken- und Pflegeversicherungsschutz sicherstellen können.

Ihre Krankenkasse wird Ihnen auch Auskünfte über Ihre Rechte und Pflichten im Falle eines Widerspruchsverfahrens gegen einen ablehnenden Bescheid oder im Falle eines Sozialgerichtsverfahrens erteilen.

Die **Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge** für Pflichtversicherte werden in voller Höhe von Ihrer Agentur für Arbeit getragen. Bei unrechtmäßigem Leistungsbezug müssen Sie allerdings damit rechnen, dass Sie Ihrer

Agentur für Arbeit außer den überzahlten Leistungen auch die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung **ersetzen** müssen.

Durch den Bezug von Arbeitslosengeld werden Sie grundsätzlich in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung versicherungspflichtig. Sie können sich allerdings von der Versicherungspflicht befreien lassen, wenn Sie in den letzten 5 Jahren vor Beginn des Leistungsbezuges nicht gesetzlich krankenversichert waren. Den Befreiungsantrag müssen Sie innerhalb von 3 Monaten nach Beginn der Versicherungspflicht bei der Krankenkasse stellen, bei der Sie Mitglied sind oder die Sie auswählen könnten (siehe Seite 51). Die Befreiung wirkt vom Beginn der Versicherungspflicht an, wenn Sie oder Ihre Familie seitdem noch keine Leistung der Pflichtversicherung in Anspruch genommen haben, sonst ab Beginn des Kalendermonats, der auf die Antragstellung folgt. Die Befreiung kann nicht widerrufen werden.

Durch den Bezug von Arbeitslosengeld werden Sie nicht versicherungspflichtig, wenn Sie zu Beginn des Bezuges mindestens 55 Jahre alt sind und in den letzten 5 Jahren kein Schutz durch die gesetzliche Krankenversicherung (Pflichtversicherung, freiwillige Versicherung, Familienversicherung) bestanden hat.

Ihre Agentur für Arbeit übernimmt die **Beiträge** zu Ihrer **privaten Kranken- und Pflegeversicherung** nur bis zur Höhe der (pauschalierten) Beiträge der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.

Fragen zur Fortsetzung einer privaten Kranken-/Pflegeversicherung während bzw. nach Beendigung des Leistungsbezuges richten Sie bitte an Ihr **Versicherungsunternehmen**.

Mit dem Ende des Leistungsbezuges (z. B. weil der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft ist), endet auch die Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Tritt im unmittelbaren Anschluss daran kein neuer Tatbestand der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung ein, müssen Sie gegenüber der gesetzlichen Krankenkasse Ihren Beitritt als

freiwilliges Mitglied erklären, um nicht – möglicherweise dauerhaft – den Schutz der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu verlieren.

Die Begründung einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung ist möglich, wenn Sie aus einer Versicherungspflicht ausgeschieden sind und in den letzten 5 Jahren vor dem Ausscheiden mindestens 24 Monate oder unmittelbar vor dem Ausscheiden ununterbrochen mindestens 12 Monate gesetzlich krankenversichert waren. Bitte beachten Sie, dass der Beitritt zu der gesetzlichen Krankenkasse innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach dem Ende des Leistungsbezuges erklärt werden muss; danach ist das Beitrittsrecht ausgeschlossen. Weitere Auskünfte erteilen die gesetzlichen Krankenkassen.

Rentenversicherung/Altersversorgung

Beziehen Sie Arbeitslosengeld, dann sind Sie pflichtversichert in der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn Sie im letzten Jahr vor Beginn der Zahlung von Arbeitslosengeld zuletzt rentenversicherungspflichtig waren. Waren sie nicht versicherungspflichtig, können Sie die Versicherungspflicht beantragen. Den Antrag können Sie zusammen mit dem Antrag auf Arbeitslosengeld stellen (Einzelheiten siehe Zusatzblatt „Sozialversicherung“ zum Antrag). Die Rentenversicherungsbeiträge werden von der Agentur für Arbeit alleine getragen.

Unter bestimmten Voraussetzungen können auch Zeiten der Arbeitslosigkeit **ohne Leistungsbezug** in der Rentenversicherung als sogenannte Anrechnungszeiten berücksichtigt werden. Anrechnungszeiten sind beitragsfreie Zeiten. Sie sollen rentenrechtliche Nachteile ausgleichen, die dadurch entstanden sind, dass Versicherte zeitweise an der Beitragszahlung zur Rentenversicherung gehindert waren. Beitragsfreie Zeiten der Arbeitslosigkeit können von Ihrer Agentur nur dann an die Rentenversicherung übermittelt werden, wenn Sie auch als Nichtleistungsempfänger

- bei Ihrer Agentur für Arbeit arbeitslos **gemeldet** sind und Ihr Vermittlungsgesuch im **Abstand von zumindest 3 Monaten** persönlich, schriftlich oder fernmündlich erneuern;

- **Eigenbemühungen** entsprechend Abschnitt 2.4 unternehmen;
- den Vermittlungsbemühungen Ihrer Agentur für Arbeit entsprechend Abschnitt 2.5 **zur Verfügung** stehen;
- öffentlich-rechtliche Leistungen beziehen oder wegen mangelnder Bedürftigkeit nicht beziehen.

Die Bundesagentur für Arbeit erwartet auch, dass Sie mit der Arbeitslosmeldung die Bereitschaft mitbringen, die mit Ihrem Arbeitsvermittler / Ihrer Arbeitsvermittlerin in der Ziel- und Eingliederungsvereinbarung festgehaltenen Maßnahmen zur schnellen Beendigung der Arbeitslosigkeit aktiv und uneingeschränkt zu unterstützen. Dies schließt auch die Teilnahme an gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung ein (z.B. Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, Trainingsmaßnahmen etc.).

Wenn Sie das **58. Lebensjahr vollendet haben**, wird die Zeit der Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug auch dann Ihrem Rentenversicherungsträger gemeldet, wenn Sie nicht mehr voll am Erwerbsleben teilnehmen möchten. Dies gilt jedoch nur, wenn Ihre Arbeitslosigkeit **schon vor dem 01.01.2008 begonnen** hat.

Ihre Agentur für Arbeit kann jedoch solche Zeiten nur melden, wenn Sie rechtzeitig Ihre **Versicherungsnummer bekannt gegeben** haben. Soweit noch nicht geschehen, legen Sie bitte so bald wie möglich Ihren Sozialversicherungsausweis oder eine andere maschinell erstellte Unterlage Ihres Rentenversicherungsträgers (z. B. Versicherungsverlauf) vor.

Welche Zeiten dem Rentenversicherungsträger übermittelt wurden, teilt Ihnen Ihre Agentur für Arbeit mit.

Bitte bewahren Sie diese Mitteilungen im eigenen Interesse als späteren Nachweis unbedingt gut auf!

Ob die Voraussetzungen für Anrechnungszeiten bei der Rentenversicherung erfüllt sind, kann Ihre Agentur für Arbeit nicht beurteilen. Im Zweifel wenden Sie sich daher bitte an Ihren Rentenversicherungsträger oder dessen örtliche Auskunfts- und Beratungsstellen.

Sofern Anrechnungszeiten nicht berücksichtigt werden, ist zur Aufrechterhaltung eines Versicherungsschutzes für eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit eventuell die Zahlung freiwilliger Beiträge zur Rentenversicherung erforderlich. Die Rentenberatung durch eine der oben genannten Stellen sollten Sie auch dann in Anspruch nehmen, wenn Sie beabsichtigen, in absehbarer Zeit Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zu beantragen (z. B. Altersrente wegen Arbeitslosigkeit), weil dann möglicherweise die Zahlung freiwilliger Beiträge während der Zeit der Arbeitslosigkeit erforderlich werden könnte.

Wenn Sie von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung **befreit** sind, z. B. weil Sie Mitglied einer berufsständischen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung sind oder einen entsprechenden Lebensversicherungsvertrag abgeschlossen haben, übernimmt die Agentur für Arbeit die **Beiträge zu Ihrer privaten Altersversorgung** nur bis zur Höhe der (pauschalierten) Beiträge der gesetzlichen Rentenversicherung. Bis zu dieser Höhe erstattet die Agentur für Arbeit auf Antrag auch die Beiträge, die Sie aufgrund einer freiwilligen Versicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt haben.

Unfallversicherung

Als Bezieher von Arbeitslosengeld sind Sie gegen Unfall versichert, während Sie einer **besonderen Aufforderung**, eine Agentur für Arbeit oder andere Stelle aufzusuchen, nachkommen (z. B. zur ärztlichen Untersuchung, Vorstellung beim Arbeitgeber). Einen Unfall müssen Sie im eigenen Interesse sofort Ihrer Agentur für Arbeit anzeigen.

Werden Sie von einem beauftragten Dritten aufgefordert (z. B. privater Arbeitsvermittler), unterliegen Sie nicht dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Unfallversicherung hat in solchen Fällen durch den Dritten zu erfolgen.

Die Anrechnung von Nebeneinkommen

Während des Bezuges von Arbeitslosengeld dürfen Sie eine selbstständige oder unselbstständige Tätigkeit bzw. Beschäftigung ausüben und ein Nebeneinkommen erzielen. Die **Nebentätigkeit** darf allerdings einen zeitlichen Umfang von 15 Stunden wöchentlich **nicht** erreichen (siehe hierzu Abschnitt 2.3).

Erreicht oder überschreitet die Dauer der kalenderwöchentlichen Arbeitszeit 15 Stunden, besteht wegen fehlender Arbeitslosigkeit kein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Gegebenenfalls ist eine erneute persönliche Arbeitslosmeldung erforderlich (vgl. Abschnitt 2.3).

Sie sind verpflichtet **jede Nebentätigkeit** Ihrer **Agentur für Arbeit** unverzüglich (d. h. spätestens am Tag der Aufnahme der Nebentätigkeit) und unaufgefordert zu **melden**. Ihre Agentur für Arbeit wird dann entscheiden, ob und in welchem Umfang Ihr Nebeneinkommen anzurechnen ist. Dabei berücksichtigt sie einen Freibetrag in Höhe von 165 Euro monatlich. Unter bestimmten Voraussetzungen kann auch ein individuell höherer Freibetrag gelten. Näheres zur Anrechnung von Nebeneinkommen können Sie dem Faltblatt „Wissenswertes zum Thema Nebeneinkommen“ entnehmen, das Ihre Agentur für Arbeit für Sie bereithält.

Zeigen Sie auch **Aufwandsentschädigungen**, die Sie erhalten, an. Ihre Agentur für Arbeit wird Sie über die Anrechnung bzw. Nichtanrechnung auf Ihr Arbeitslosengeld informieren.

Beziehen Sie Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung, müssen Sie auch die Leistungen angeben, die Sie von Ihrem Arbeitgeber oder dem Träger der Weiterbildungsmaßnahme wegen der Teilnahme an der Maßnahme erhalten. Gleiches gilt, wenn Sie ohne Ausübung einer Beschäftigung für die Teilnahme Leistungen von dem aktuellen oder einem vorigen Arbeitgeber erhalten. In diesem Fall wird ein monatlicher Freibetrag von 400 Euro eingeräumt.

Die Auszahlung der Leistung

Arbeitslosengeld erhalten Sie **nur dann kostenfrei**, wenn Sie die Geldleistungen auf Ihr Konto bei einem Geldinstitut in der Bundesrepublik Deutschland überweisen lassen. Sie müssen **selbst Kontoinhaber** oder – bei einem gemeinsamen Konto – zumindest **Mitinhhaber** sein.

Haben Sie kein Konto bei einem inländischen Geldinstitut, wird Ihnen die Geldleistung durch eine „**Zahlungsanweisung zur Verrechnung**“ übermittelt.

Die „**Zahlungsanweisung zur Verrechnung**“ können Sie innerhalb eines Monats bei Ihrem Geldinstitut zur Gutschrift einreichen oder sich (oder einer von Ihnen beauftragten Person) den Betrag bei jeder Auszahlungsstelle der Deutschen Post oder der Deutschen Postbank bar auszahlen lassen. Dadurch entstehen jedoch pauschale Kosten von 2,10 Euro, die gleich von der zustehenden Leistung abgezogen werden. Zusätzlich werden bei einer Barauszahlung noch folgende Auszahlungsgebühren einbehalten:

Zahlungsbetrag			Gebühr
		bis 50,- EUR	3,50 EUR
über	50,- EUR	bis 250,- EUR	4,00 EUR
über	250,- EUR	bis 500,- EUR	5,00 EUR
über	500,- EUR	bis 1000,- EUR	6,00 EUR
über	1000,- EUR	bis 1500,- EUR	7,50 EUR

Arbeitslosengeld wird Ihnen regelmäßig monatlich **nachträglich** ausgezahlt. Der Zeitraum, für den gezahlt wird, ist auf dem Kontoauszug oder der „Zahlungsanweisung zur Verrechnung“ angegeben.

Es ist sichergestellt, dass Sie am ersten Arbeitstag des Folgemonats über den Zahlungsbetrag verfügen können. Auf mögliche Verzögerungen (z. B. verspätete Gutschrift auf Ihrem Konto oder verspätete Zustellung der Zahlungsanweisung zur Verrechnung) hat die Bundesagentur für Arbeit jedoch keinen Einfluss.

Einzelbeträge unter 10 Euro werden nicht ausbezahlt, sondern so lange angesammelt, bis der Betrag überschritten wird. Wenn allerdings schon länger als 6 Monate keine Zahlung mehr erfolgt ist, wird auch ein Betrag unter 10 Euro ausgezahlt.

Ansprüche auf Arbeitslosengeld können übertragen, verpfändet oder wie Arbeitseinkommen gepfändet werden. Wird die Ihnen zustehende Leistung auf ein Konto bei Ihrem Geldinstitut überwiesen, so kann der Zahlungsbetrag erst nach 7 Kalendertagen nach der Gutschrift gepfändet oder mit einer Forderung Ihres Geldinstituts verrechnet werden. Innerhalb dieses Zeitraums muss Ihnen das Geldinstitut die Leistung auszahlen.

Erste Zahlung

Wann Sie voraussichtlich die erste Überweisung erwarten können, erfahren Sie, wenn Sie Ihre Antragsunterlagen zu dem mit Ihnen vereinbarten Termin bei der für Sie zuständigen Agentur für Arbeit abgeben.

Wenn Sie Ihren vollständigen Antrag **persönlich** und zum vorgesehenen **Termin** abgeben, kann er in Ihrer Anwesenheit bearbeitet und entschieden werden. Falls Ihre Antragsunterlagen oder sonstige Gründe eine abschließende Entscheidung noch nicht zulassen, kann Ihnen ein **Vorschuss** gezahlt werden, wenn Ihr Leistungsanspruch dem Grunde nach besteht und zur Feststellung seiner Höhe voraussichtlich längere Zeit erforderlich ist. Sollte noch nicht abschließend feststehen, ob Sie einen Leistungsanspruch haben, kann auch eine **vorläufige Entscheidung** getroffen werden, wenn zur abschließenden Feststellung der Anspruchsvoraussetzungen voraussichtlich noch längere Zeit erforderlich ist, die Anspruchsvoraussetzungen jedoch mit hinreichender Wahrscheinlichkeit bereits vorliegen und Sie die Umstände, die einer sofortigen abschließenden Entscheidung entgegenstehen, nicht zu vertreten haben.

Vorschüsse oder auf Grund einer vorläufigen Entscheidung gezahlte Leistungen sind von Ihnen zu erstatten, wenn sich später herausstellen sollte, dass sie Ihnen nicht zustanden oder die Ihnen tatsächlich zustehenden Leistungen übersteigen.

Wo erhalten Sie Auskünfte?

Über Ihren Antrag entscheidet allein die für Sie zuständige Agentur für Arbeit. Diese veranlasst auch die Überweisungen an Sie und führt alle Leistungsunterlagen. Wenden Sie sich bitte an das für Sie zuständige Service Center, wenn Sie Fragen zur Überweisung haben oder Auskünfte in Ihrer Leistungsangelegenheit wünschen. Dort kann Ihre Anfrage schnell bearbeitet werden.

Mitteilungen und Anfragen, die Sie an die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg richten, werden an die für Sie zuständige Agentur für Arbeit zur Bearbeitung weitergeleitet. Hieraus entstehen vermeidbare Verzögerungen.

Das Sozialgesetzbuch schützt Sie insbesondere vor einer unzulässigen Erhebung und Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten. Diese dürfen nur dann erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, wenn eine Rechtsvorschrift das zulässt oder Sie zugestimmt haben. Die Agentur für Arbeit benötigt Ihre Daten, um Ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld feststellen und Ihnen entsprechende Leistungen zahlen zu können. Ihre Mitwirkungspflicht ergibt sich aus den §§ 60 ff. des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I).

Wenn Sie Leistungen beantragt haben, werden die erforderlichen persönlichen Daten in Dateien/Akten erfasst und gespeichert. Die Daten in den Akten werden spätestens **5 Jahre** nach Abschluss des Leistungsverfahrens gelöscht, automatisch gespeicherte Dateien teilweise bereits früher. Über Daten, die in manuell oder automatisiert geführten Dateien gespeichert oder in Akten enthalten sind, können Sie Auskunft verlangen, sie berichtigen oder in den vom Gesetz genannten Fällen auch sperren oder löschen lassen.

Ihre persönlichen Daten werden im erforderlichen Umfang auch zur Erfüllung anderer Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit und der Agenturen für Arbeit nach dem Sozialgesetzbuch genutzt. An Stellen außerhalb der Bundesagentur für Arbeit (z. B. an Krankenkassen, Rentenversicherungsträger oder andere Behörden) werden Ihre persönlichen Daten nur in dem Umfang weitergeleitet, der durch das Sozialgesetzbuch zugelassen ist. Ärztliche und psychologische Gutachten sind von der Übersendung ausgenommen, wenn Sie der Übermittlung ausdrücklich widersprochen haben.

Der Nachweis des Leistungsbezuges gegenüber anderen Behörden

Dass Sie Arbeitslosengeld beziehen, können Sie mit dem Bewilligungsbescheid Ihrer Agentur für Arbeit und dem Nachweis über die zuletzt an Sie überwiesene Leistung (z. B. Kontoauszug Ihrer Bank, Zahlungsanweisung zur Verrechnung) nachweisen.

Nach Ablauf jedes Kalenderjahres, in dem Sie bis zuletzt Leistungen bezogen haben, erhalten Sie ohne besondere Aufforderung im Monat Januar eine Zwischenbescheinigung. Darüber hinaus erhalten Sie nach Beendigung Ihres Bezuges von Arbeitslosengeld von Ihrer Agentur für Arbeit einen Leistungsnachweis. Darin sind unter anderem die Zeiten eingetragen, in denen Sie Leistungen bezogen haben. **Bitte bewahren Sie diese Nachweise gut auf.**

Eine Zweitschrift des Leistungsnachweises oder der Zwischenbescheinigung kann nur die zuständige Agentur für Arbeit ausstellen. Für eine mehr als 5 Jahre zurückliegende Zeit ist ein Ersatz des Leistungsnachweises oder eine andere Form der Bescheinigung allerdings nicht mehr möglich.

Steuerliche Folgen des Leistungsbezuges, Nachweis gegenüber dem Finanzamt

Der Bezug von Arbeitslosengeld ist steuerfrei. Er wird jedoch bei der Ermittlung des Steuersatzes berücksichtigt, dem Ihr übriges steuerpflichtiges Einkommen unterliegt (Progressionsvorbehalt). Hierbei wird der Betrag herangezogen, den Sie von Ihrer Agentur für Arbeit erhalten haben. Er wird im Leistungsnachweis oder in der Zwischenbescheinigung ausgewiesen. Geben Sie bitte deshalb diesen Betrag in Ihrer Einkommensteuererklärung an und fügen Sie die Bescheinigung bei.

Sofern Sie nicht bereits aus anderen Gründen zur Einkommensteuer veranlagt werden und deshalb eine Einkommensteuererklärung abzugeben haben, sind Sie zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung jedenfalls dann verpflichtet, wenn das Arbeitslosengeld, gegebenenfalls zusammen mit anderen dem Progressionsvorbehalt unterliegenden Leistungen (z. B. Insolvenzgeld, Kurzarbeitergeld usw.), die Sie oder Ihr nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte im selben Kalenderjahr erhalten haben, 410 Euro übersteigt. Näheres über die steuerlichen Auswirkungen des Bezuges von Arbeitslosengeld erfahren Sie von Ihrem Finanzamt.

Bescheide und Rechtsbehelfe

Die Entscheidung über die von Ihnen beantragte Leistung und jede spätere Änderung teilt Ihnen die für Sie zuständige Agentur für Arbeit schriftlich mit. Einen schriftlichen Bescheid erhalten Sie auch,

- wenn Ihrem Antrag nicht oder nicht in vollem Umfang entsprochen werden kann,
- wenn das Arbeitslosengeld vermindert oder die Zahlung ganz eingestellt werden muss,
- wenn Sie die Leistung zu Unrecht erhalten und zurückzahlen haben.

Sollten Sie mit einer Entscheidung Ihrer Agentur für Arbeit nicht einverstanden sein, können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung **Widerspruch** einlegen. Der Widerspruch muss bei der Agentur für Arbeit, die den Bescheid erlassen hat, schriftlich eingelegt oder dort persönlich zur Niederschrift erklärt werden. Er bewirkt, dass die Entscheidung der Agentur für Arbeit nochmals überprüft wird.

Kann Ihrem Widerspruch nicht oder nicht in vollem Umfang abgeholfen werden, so erhalten Sie einen schriftlichen Widerspruchsbescheid, gegen den Sie Klage erheben können. Bei welchem Gericht, innerhalb welcher Frist und in welcher Form die Klage einzureichen ist, können Sie der mit dem **Widerspruchsbescheid** erteilten Rechtsbehelfsbelehrung entnehmen.

Im Falle einer Klage muss Ihre Agentur für Arbeit dem Sozialgericht generell die vollständigen Leistungsunterlagen übersenden. Ärztliche und psychologische Gutachten in diesen Leistungsunterlagen werden von der Übersendung nur dann ausgenommen, wenn Sie der Übermittlung ausdrücklich widersprochen haben.

Arbeitslosigkeit soll verhütet oder beendet werden

Wie bei der Schadensversicherung gilt auch in der Arbeitslosenversicherung der Grundsatz: Schadensverhütung geht vor Schadensvergütung. In der Praxis bedeutet dies: Die Vermittlung in Arbeit oder Berufsausbildung sowie Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (hierzu gehören beispielsweise die Förderung der Berufsausbildung, der beruflichen Weiterbildung und der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben) gehen vor.

Ihre Agentur für Arbeit wird Ihre eigenen Bemühungen, eine Arbeits- oder Berufsausbildungsstelle zu erhalten, unterstützen. So kann sie unter bestimmten Voraussetzungen finanzielle Hilfen zur Förderung der Aufnahme einer Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit leisten. Wichtig ist dabei, dass Sie diese Hilfen **vor** der Arbeitsaufnahme, dem Eintritt in ein Ausbildungsverhältnis oder der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit bzw. **bevor** die Kosten entstanden sind, beantragen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Merkblatt 3 „Vermittlungsdienste und Leistungen“, das Sie bei Ihrer Agentur für Arbeit erhalten können.

Falls Ihre Agentur für Arbeit zu dem Ergebnis kommt, dass für Ihre Vermittlung zusätzliche Hilfen erforderlich sind, kann es zu seiner Unterstützung Dritte mit Ihrer Vermittlung oder mit Teilaufgaben Ihrer Vermittlung beauftragen. Sie können dieser Zuweisung zu einem beauftragten Dritten und der damit verbundenen Weitergabe von Daten – auch teilweise – **aus wichtigem Grund widersprechen**. Auch Sie können die Beauftragung eines Dritten mit Ihrer Vermittlung verlangen, wenn Sie sechs Monate nach Eintritt der Arbeitslosigkeit noch arbeitslos sind.

Hinweise für Arbeitslose, die keine Leistungen beziehen:

Wenn Sie kein Arbeitslosengeld beziehen, wird Ihr Vermittlungsgesuch 3 Monate bearbeitet. Daher müssen Sie Ihrer Agentur für Arbeit in Abständen von 3 Monaten persönlich, schriftlich oder fernmündlich mitteilen, dass Sie weiterhin Interesse an ihren Vermittlungsbemühungen

haben. Andernfalls sieht Ihre Agentur für Arbeit Ihren Vermittlungswunsch als erloschen an. Hieraus können rentenrechtliche Nachteile entstehen (beachten Sie bitte auch die Ausführungen zur Rentenversicherung in Abschnitt 9).

Beauftragung Dritter mit der Vermittlung

■ Rechtsanspruch

Sie können von der Agentur für Arbeit die Beauftragung eines Dritten mit Ihrer Vermittlung verlangen, wenn Sie sechs Monate nach Eintritt der Arbeitslosigkeit noch arbeitslos sind. Die Agentur für Arbeit weist Sie dann einem beauftragten Dritten zu, der neben den Bemühungen der Agentur für Arbeit für Sie vermittlerisch tätig wird. Über die Zuweisungsdauer und zu welchem Dritten die Zuweisung erfolgt, entscheidet die Agentur für Arbeit. Ihnen entstehen keine Kosten. Der beauftragte Dritte erhält von der Agentur für Arbeit eine vertraglich geregelte Vergütung für seine Tätigkeit.

■ Ermessen der Agentur für Arbeit

Sie können aber auch auf Initiative der Agentur für Arbeit einem Dritten für eine bestimmte Dauer zugewiesen werden, der mit der Vermittlung beauftragt ist. Das Kriterium der sechsmonatigen Arbeitslosigkeit muss nicht vorliegen. Die Agentur für Arbeit kann Ausbildungssuchende oder Arbeitssuchende zuweisen, wenn diese der Zuweisung aus wichtigem Grund nicht widersprechen. Über Ihr Widerspruchsrecht werden Sie belehrt. Während der Zuweisungsdauer zu einem Dritten werden auch die Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit fortgesetzt.

Der Dritte erhält auch hier für seine Leistung eine vertraglich geregelte Vergütung, so dass die Leistung des Dritten für Sie kostenlos ist.

Vermittlungsgutschein

Wenn Sie Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und nach einer Arbeitslosigkeit von mindestens zwei Monaten* weder von der Agentur für Arbeit noch von einem privaten Vermittler vermittelt sind, haben Sie Anspruch auf einen Vermittlungsgutschein. Einen Vermittlungsgutschein erhalten Sie auch dann, wenn Sie eine Beschäftigung ausüben oder zuletzt ausgeübt haben, die als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) gefördert wird oder wurde.

Den Vermittlungsgutschein können Sie bei Ihrer Agentur für Arbeit persönlich, telefonisch, brieflich oder per Fax oder E-Mail unter Angabe Ihrer Kunden-Nummer beantragen.

Mit dem Vermittlungsgutschein können Sie einen oder mehrere private Arbeitsvermittler aufsuchen und einen schriftlichen Vermittlungsvertrag schließen, aus dem insbesondere die im Falle einer erfolgreichen Vermittlung fällige Vermittlungsvergütung hervorgehen muss. Die Höhe des Vermittlungsgutscheines beträgt grundsätzlich 2.000 Euro. Im Einzelfall kann dieser jedoch bis zu 2.500 Euro betragen.

Wird Ihnen während der jeweils dreimonatigen Geltung eines Vermittlungsgutscheines von einem privaten Vermittler, mit dem Sie einen Vertrag geschlossen haben, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Inland oder EU-EWR-Ausland mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden vermittelt, händigen Sie dem Vermittler den Gutschein aus. Ihre Agentur für Arbeit zahlt dann dem Vermittler unter bestimmten Voraussetzungen die vereinbarte Vermittlungsvergütung in Raten aus oder – wenn die Beschäftigung keine 6 Monate dauert – nur einen Teil davon.

*Maßgebend ist die Dauer der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Monaten vor der Beantragung des Gutscheines. Diese Frist verlängert sich um Zeiten, in denen Sie an Eignungsfeststellungs-, Trainings- oder beruflichen Bildungsmaßnahmen teilgenommen haben.

Nähere Informationen sind in dem Faltblatt „*Vermittlungsgutschein – Hinweise für Arbeitsuchende*“ enthalten, das in der Agentur für Arbeit ausliegt. Außerdem finden Sie Informationen im Internet unter **www.arbeitsagentur.de**

- > Service von A – Z
- > Geldleistungen
- > Vermittlungshilfen
- > Vermittlungsgutschein.

Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer

Die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer bietet Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, Anreize zur Arbeitsaufnahme. Ist die Aufnahme einer neuen Beschäftigung mit finanziellen Einbußen im Vergleich zum Arbeitsentgelt aus der früheren Tätigkeit verbunden, wird die Nettoentgeltdifferenz durch die zeitlich befristete Aufstockung des Arbeitsentgelts teilweise ausgeglichen. Zudem wird die geringere Alterssicherung durch Aufstockung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung abgemildert.

Sie müssen den Antrag auf Leistungen der Entgeltsicherung bei der für Ihren Wohnsitz zuständigen Agentur für Arbeit grundsätzlich vor Aufnahme Ihrer neuen Beschäftigung stellen.

Nähere Informationen enthält das Merkblatt 19 „Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer“.

Berufliche Weiterbildung

Arbeitnehmer können bei Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung gefördert werden, wenn die Teilnahme notwendig ist, um

- sie bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern,
- eine konkret drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden oder
- einen fehlenden Berufsabschluss zu erlangen.

Wenn die persönlichen und sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, können die Beratungsfachkräfte der Agenturen für Arbeit Bildungsgutscheine für individuell festgestellte Qualifizierungsbedarfe aushändigen. Der Bildungsgutschein weist aus, welche Weiterbildungskosten und ob Leistungen zum Lebensunterhalt für die Dauer der Maßnahme zugesichert werden.

Zu den Weiterbildungskosten gehören die durch die Weiterbildung unmittelbar entstehenden

- Lehrgangskosten und Kosten für eine notwendige Eignungsfeststellung,
- Fahrtkosten,
- Kosten für die erforderliche auswärtige Unterbringung und Verpflegung,
- Kosten für die Betreuung von Kindern.

Bei Teilnahme an einer zugelassenen Maßnahme können Sie als Entgeltersatz Arbeitslosengeld erhalten (siehe Abschnitt 5).

Nähere Einzelheiten zum Bildungsgutschein, zu den Anspruchsvoraussetzungen, zur Übernahme von Weiterbildungskosten und über das Arbeitslosengeld während einer Weiterbildung entnehmen Sie bitte dem Merkblatt 6 „Förderung der beruflichen Weiterbildung“, das Ihnen auf Wunsch gerne von Ihrer Agentur für Arbeit ausgehändigt wird. Über die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für Personen, deren Aussichten, am Arbeitsleben teilzuhaben oder weiter teilzuhaben, wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht nur vorübergehend wesentlich gemindert sind, informiert Sie das Merkblatt 12 „Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben“.

Diese Merkblätter sind auch im Internet abrufbar unter:
www.arbeitsagentur.de

Maßnahmen der Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen

Diese Maßnahmen dienen der Verbesserung der Eingliederungsaussichten. Gefördert werden kann die Teilnahme an:

Maßnahmen der Eignungsfeststellung,
in denen die Kenntnisse und Fähigkeiten, das Leistungsvermögen und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten des Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitssuchenden sowie sonstige, für die Eingliederung bedeutsame Umstände ermittelt werden und unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage festgestellt wird, für welche berufliche Tätigkeit oder Leistung der aktiven Arbeitsförderung er geeignet ist (Dauer bis zu 4 Wochen).

Trainingsmaßnahmen, die

- die Selbstsuche des Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitssuchenden sowie seine Vermittlung, insbesondere durch Bewerbungstraining und Beratung über Möglichkeiten der Arbeitsplatzsuche, unterstützen oder die Arbeitsbereitschaft und Arbeitsfähigkeit des Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitssuchenden prüfen (Dauer bis zu 2 Wochen),
- dem Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitssuchenden notwendige Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, um eine Vermittlung in Arbeit oder einen erfolgreichen Abschluss einer beruflichen Aus- oder Weiterbildung erheblich zu erleichtern (Dauer bis zu 8 Wochen).

Werden Maßnahmen in mehreren zeitlichen Abschnitten durchgeführt, zählen fünf Tage als eine Woche. Insgesamt darf die Förderung die Dauer von zwölf Wochen nicht übersteigen.

Die Maßnahmen der Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen können entweder bei einem Träger oder im Rahmen einer betrieblichen Tätigkeit durchgeführt werden. Dabei umfasst die Förderung die Übernahme von Maßnahmekosten sowie bei Arbeitslosen die Leistung von Arbeitslosengeld, soweit sie diese Leistung erhalten oder beanspruchen können. Die Förderung von Arbeitslosen kann auf die Weiterleistung von Arbeitslosengeld beschränkt werden.

Zu den Maßnahmekosten gehören:

- erforderliche und angemessene Lehrgangskosten und Prüfungsgebühren,
- Fahrtkosten in Form einer Pauschale, die sich nach der Entfernung zwischen Wohnung und Maßnahmestelle richtet, und
- Kosten für die Betreuung der aufsichtsbedürftigen Kinder des Arbeitslosen in Höhe von 130 Euro monatlich je Kind.

Bei Maßnahmen in Betrieben werden keine Lehrgangskosten übernommen.

Gründungszuschuss zur Förderung der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit

Zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur sozialen Sicherung können Sie in der Zeit nach der Existenzgründung einen Gründungszuschuss erhalten. Der zeitliche Umfang der selbstständigen Tätigkeit muss zur Beendigung der Arbeitslosigkeit führen.

Ein Gründungszuschuss wird gezahlt, wenn Sie bis zur Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit

- einen Anspruch auf Entgeltersatzleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) haben oder
- in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) beschäftigt waren.

Bei Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit müssen Sie noch einen Restanspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens 90 Tagen haben.

Eine fachkundige Stelle muss das Existenzgründungsvorhaben begutachten und die Tragfähigkeit der Existenzgründung bestätigen.

Außerdem müssen Sie Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zur Ausübung der selbstständigen Tätigkeit dargelegt haben. Bei begründeten Zweifeln an diesen Kenntnissen und Fähigkeiten kann die Agentur für Arbeit die Teilnahme an Maßnahmen zur Eignungsfeststellung oder zur Gründungsvorbereitung verlangen.

Der Gründungszuschuss wird in zwei Phasen geleistet. Für neun Monate wird der Zuschuss in Höhe des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes zur Sicherung des Lebensunterhalts und monatlich 300 Euro zur sozialen Absicherung gewährt.

Für weitere sechs Monate können 300 Euro pro Monat zur sozialen Absicherung gewährt werden, wenn eine intensive Geschäftstätigkeit und hauptberufliche unternehmerische Aktivitäten dargelegt werden.

Insolvenzgeld

Falls Ihr letzter Arbeitgeber seine Zahlungen einstellen musste, haben Sie möglicherweise noch Ansprüche auf rückständiges Arbeitsentgelt. In diesem Falle können Sie unter bestimmten Voraussetzungen Insolvenzgeld beanspruchen. Auf das Insolvenzgeld wird das für denselben Zeitraum gezahlte Arbeitslosengeld angerechnet. Der Antrag auf Insolvenzgeld ist grundsätzlich innerhalb einer Ausschlussfrist von 2 Monaten nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder dessen Abweisung mangels Masse oder der vollständigen Beendigung der Betriebs-tätigkeit zu stellen. Wird die Ausschlussfrist schuldlos ver-säumt, kann der Antrag noch innerhalb von zwei Monaten nach Wegfall der Hinderungsgründe gestellt werden. Über nähere Einzelheiten können Sie sich im Merkblatt „Insolvenzgeld“ informieren, das Ihnen in Ihrer Agentur für Arbeit gern ausgehändigt wird.

Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld)

Wenn Arbeitslosengeld nicht, vorübergehend nicht oder nicht in ausreichender Höhe gewährt wird, kann ein Anspruch auf Leistungen zur Grundsicherung für Arbeit-suchende (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) bestehen. Beachten Sie hierzu das Merkblatt „Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld)“.

Für Leistungen der Grundsicherung ist eine Antragstellung erforderlich. Leistungen werden grundsätzlich nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht. Um Nachteile zu vermeiden, stellen Sie den Antrag daher gegebenenfalls umgehend. Der Antrag ist bei dem für Sie zuständigen Träger (Agentur für Arbeit, kommunaler Träger, Arbeits-gemeinschaft) zu stellen. Zuständig sind die Träger, in deren Bezirk Sie Ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Stichwort	Seite
Abfindung	39, 44
Ablehnung	39, 41
Abwicklungsvertrag	11
Allgemeiner Leistungssatz	34
Altersrente	43, 55
Altersversorgung	56
Änderungen der Lohnsteuerklasse	32
Anrechnungszeit (Rentenversicherung)	55
Anschriftenänderung	19, 48
Anspruchsdauer	25
Antragsvordruck	12, 13
Anwartschaftszeit	23
Arbeitgeberleistungen	44
Arbeitsablehnung	39, 41
Arbeitsaufnahme	14, 48
Arbeitsbedingungen	18, 41
Arbeitsbescheinigung	11
Arbeitsentgelt	29
Arbeitsgerichtliches Verfahren	9, 42
Arbeitslosengeld II/Sozialgeld	26, 36, 42, 45, 73
Arbeitslosigkeit	10
Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug	54, 55
Arbeitslosmeldung	10
Arbeitspapiere	11
Arbeitsuchendmeldung	9, 40
Arbeitsunfähigkeit	21, 22, 46, 48
Arbeitszeit	18, 31, 36
Ärztliche Untersuchung	46
Aufenthaltsurlaubnis	20
Aufhebungsvertrag	39, 42
Aufnahme einer Beschäftigung	18, 67
Aufstockende Leistungen zur Grundsicherung	26, 73
Auskünfte	60
Ausländer	20
Ausländische Versicherungszeiten	24
Auszahlung der Leistung	58
Auszahlungsgebühr	58
Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	11, 39
Behinderung	35, 69
Bemessung	28
Berechnungsgrundlagen	28
Berufliche Weiterbildung	37, 68
Berufsausbildung	34, 65
Berufsausbildungsbeihilfe	43

Stichwort	Seite
Beschäftigung	5, 14, 23
Beschäftigungsaufnahme	14, 48
Beschäftigungssuche im Ausland	17
Bescheide	64
Bewilligungsbescheid	28, 64
Bildungsgutschein	68, 69
Check-In	2
Datenschutz	61
Dauer des Anspruches	25
Eheliche Gemeinschaft, Begründung oder Wiederherstellung	41
Eigenbemühungen	16, 40
Einkommen	29, 57
Einkommengrenzen für Kinder	35
Einkommensteuererklärung	63
Elterngeld	30, 43
Entlassungsentschädigung	44, 47
Erhöhter Leistungssatz	34
Erlöschen des Anspruchs	26, 27
Erstattungspflicht	50
Erziehungsgeld	30, 43
Erziehungsgemeinschaft	41
Familienkasse	35
Freibetrag bei der Anrechnung von Nebeneinkommen	57
Frühzeitige Arbeitsuche	9
Grenzgänger	10
Gründungszuschuss	71
Grundsicherung	26, 36, 42, 45, 73
Höhe der Leistung	28
Informationsveranstaltungen	2
Insolvenzgeld	72
Kinder	34
Kinderfreibetrag	35
Kindergeld	35
Klage	64
Knappschaftsausgleichsleistung	43

Stichwort	Seite
Krankengeld	24
Krankentagegeld	24
Krankenversicherung	51
Krankheit	21, 22
Kündigung	12, 39, 41, 42
Kündigungsfrist	44
Kurzarbeitergeld	23, 29
Langjährige Betriebszugehörigkeit	39
Leistungen unter erleichternden Voraussetzungen	21
Leistungsentgelt	32
Leistungsfortzahlung	22
Leistungsminderung, dauernde	21
Leistungsnachweis	62
Leistungssatz	34
Lohnsteuerkarte	11, 32
Lohnsteuerklasse	32
Lösung des Beschäftigungsverhältnisses	39
Maßnahmeabbruch	39
Maßnahmeablehnung	39
Maßnahmen der beruflichen Eingliederung	18, 37, 71
Maßnahmen der Eignungsfeststellung	20, 69
Maßnahmewidriges Verhalten	39
Meldepflicht	40, 46
Mithelfender Familienangehöriger	13
Mitwirkungspflichten	47
Mutterschaftsgeld	24, 43
Nachweis	62
Nebeneinkommen	57
Nebentätigkeit	57
Ortsabwesenheit	17, 19
Pfändung	59
Pflege von Angehörigen	22
Pflegeversicherung	51
Private Altersversorgung	56
Progressionsvorbehalt	62
Psychologische Untersuchungen	46
Rechtsbehelfe	64
Reise	17, 19
Rentenversicherung	54
Rente wegen Erwerbsminderung	43, 48

Stichwort	Seite
Rückzahlung	50, 59
Ruhen bei Sozialleistungen	43
Saisonkurzarbeitergeld	23, 29
Schüler	20
Selbstständige	48, 57
Sozialdaten	61
Sozialgeld	26, 36, 42, 45, 73
Sperrzeit	9, 16, 39
Student	20
Trainingsmaßnahmen	69
Transferkurzarbeitergeld	23, 29
Übergangsgeld	23, 24, 43
Umzug	19
Unfallversicherung	56
Unterbrechung des Leistungsbezuges	15
Unterlagen, wichtige	11
Urlaubsabgeltung	44
Urlaubsentgelt	44
Veränderungsmitteilung	19, 49
Verfügbarkeit	17
Verletztengeld	24, 43
Vermittlungsgutschein	67
Verpfändung	59
Verschulden eines Dritten	48
Versicherungspflichtige Entgelte	29
Versorgungskrankengeld	24, 43
Verteilung der Arbeitszeit	18
Vorläufige Entscheidung	59
Vorschuss	59
Wehrdienst	24, 35
Weiterbildung	18, 37, 68
Widerspruchsbescheid	64
Widerspruchsfrist	64
Wohngeld	45
Zahlungsanweisung zur Verrechnung	58
Zeitgrenze (15-Stunden-Grenze)	14, 57
Zivildienst	24, 35
Zumutbarkeit der Beschäftigung	18
Zusatzblätter	12
Zwischenbeschäftigung	15

Folgende weitere Merkblätter informieren Sie über die Dienste und Leistungen Ihrer Agentur für Arbeit:

- | | |
|--------------|--|
| Merkblatt 1a | - Teilarbeitslosengeld (nur im Internet) |
| Faltblatt | - „Wissenswertes zum Thema Nebeneinkommen“ |
| Faltblatt | - „Wissenswertes zum Thema Umzug und Reisen“ |
| Faltblatt | - „Wissenswertes für über 58-Jährige“ |
| Merkblatt 2 | - Angebote und Leistungen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber |
| Merkblatt 3 | - Vermittlungsdienste und Leistungen |
| Merkblatt 6 | - Förderung der beruflichen Weiterbildung |
| Merkblatt 8a | - Kurzarbeitergeld für Arbeitgeber und Betriebsvertretungen |
| Merkblatt 8b | - Kurzarbeitergeld für Arbeitnehmer |
| Merkblatt 8c | - Transferleistungen/Transferkurzarbeitergeld |
| Merkblatt 9a | - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen/Strukturanpassungsmaßnahmen |
| Merkblatt 10 | - Insolvenzgeld |
| Merkblatt 11 | - Angebote der Berufsberatung |
| Merkblatt 12 | - Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben |
| Merkblatt 14 | - Gleitender Übergang in den Ruhestand – Hinweise für Arbeitgeber und Arbeitnehmer |
| Merkblatt 15 | - Erstattungspflicht des Arbeitgebers nach § 147a SGB III |
| Merkblatt 16 | - Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen in der Bundesrepublik Deutschland |
| Merkblatt 17 | - Berücksichtigung von Entlassungsschädigungen |
| Merkblatt 18 | - Familie und Frau im Arbeitsförderungsrecht |
| Merkblatt 19 | - Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer |

Merkblatt 20

- Arbeitslosengeld und Auslands-
beschäftigung

Merkblatt SGB II

- Grundsicherung für Arbeitsuchende
(Arbeitslosengeld II/Sozialgeld)



Aktuelle Informationen über Dienste und Leistungen
der Agentur für Arbeit finden Sie auch im Internet unter
www.arbeitsagentur.de

Herausgeber
Bundesagentur für Arbeit
Marketing
März 2008

www.arbeitsagentur.de